

Inhalt

1. Einleitung

2. Zur Methodik

3. Situationsanalyse: Delinquenz- und Gewaltverhalten von Kindern und Jugendlichen

3.1 Vorbemerkungen

3.2 Jugend und öffentlicher Raum

3.3 Zur Entwicklung von Kinder- und Jugenddelinquenz

3.4 Delinquenz von Kindern

3.5 Jugendgruppengewalt

3.6 Delinquenz und Gewalt Jugendlicher nichtdeutscher Herkunft

3.7 Delinquenz und Gewalt jugendlicher Aussiedler/innen

3.8 Mädchen, Gewalt und Kriminalität

3.9 Hasskriminalität

4. Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität und -gewalt

4.1 Grundlagen

4.2 Aufbau von Präventionsgremien

4.3 Primäre Prävention

4.4 Sekundäre Prävention

4.5 Tertiäre Prävention

4.6 Exkurs: Graffiti

4.7. Präventionsansätze in der Arbeit mit delinquenten Kindern

5. Vernetzung und Partizipation

6. Empfehlungen

7. Beispielhafte Projekte

8. Anhang

1. Einleitung

Die von Kindern und Jugendlichen ausgehende Gewalt und Delinquenz wird sowohl in der öffentlichen als auch fachöffentlichen Auseinandersetzung viel diskutiert, erforscht und nicht selten auch dramatisiert. Häufig stehen die Großstädte im Blickpunkt der Aufmerksamkeit, und oft wird der Anschein erweckt, dass insbesondere großstädtische Bedingungen Kriminalität und Gewaltbereitschaft von Jugendlichen befördern.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass als Folge der „Krise der Städte“ seit einigen Jahren die Integrationsfähigkeit der Städte schwindet, die lange Zeit hinweg als eine ihrer zentralen Aufgaben und großen Leistungen galt. Nun erleben wir verstärkt Verdrängungsprozesse, selektive Wanderungsprozesse innerhalb der Städte und eine Segmentierung der Wohnbevölkerung nach Einkommen, Nationalität, Lebensstil. Prozesse der sozialen Desintegration werden damit vorangetrieben. Betroffen sind hiervon auch – und in besonderem Maße – Kinder und Jugendliche. Im Zuge dieser Segregationstendenzen wird Jugenddelinquenz verstärkt unter Sicherheitsaspekten diskutiert und weniger als ein episodenhaftes und vorübergehendes, letztlich jugendtypisches Verhalten.

Gerade in Großstädten ist zu beobachten, dass mediale Inszenierungen und politische Instrumentalisierungen, beispielsweise in Wahlkämpfen, in keiner Relation zu der real ausgehenden Gewalt und Kriminalität von Kindern und Jugendlichen stehen. Die Emotionalisierung und Politisierung wird häufig dazu benutzt, die soziale Wirklichkeit in den großstädtischen Quartieren zu simplifizieren und gesellschafts- und sozialpolitische Probleme auf bestimmte Gruppen von Kindern und Jugendlichen zu projizieren. Einzeltaten werden mitunter voyeuristisch aufbereitet und fungieren exemplarisch für die Wahrnehmung einer ganzen Generation. Der oft beschworene „Werteverfall“ und die „Orientierungslosigkeit“ der gesamten Gesellschaft werden unhinterfragt auf „die Jugend“ übertragen.

Das Phänomen, dass Ängste und von der Gesellschaft als problematisch angesehene Entwicklungen auf die Jugend übertragen und projiziert werden, ist ein seit Generationen bekannter und geübter Mechanismus – zumal es zu den charakteristischen Eigenschaften von Jugend gehört, durch ein spezifisches Auftreten und Verhalten gesellschaftliche Defizite und Widersprüche aufzuzeigen. Insbesondere Großstädte wurden immer wieder als die Orte angesehen und beschrieben, in denen problematische Entwicklungen kumulieren.

So existiert beispielsweise seit Urbanisierung und Landflucht im 19. Jahrhundert die Tendenz, Großstädte als „Sündenbabel“ darzustellen – Orte, in denen Jugendliche schlechten Einflüssen unterliegen und „verführt“ werden. In den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts bestand eine Reaktion der Jugendfürsorge darin, als gefährdet angesehene Jugendliche in sogenannte „Landstellen“ zu vermitteln und sie

dadurch den gewalt- und kriminalitätsfördernden Einflüssen der Großstädte zu entziehen. Auch ein kurzer Blick in die Geschichte des Umgangs mit Jugendkriminalität weist darauf hin, dass die Reaktion von Institutionen wie Jugendfürsorge oder Justiz auf delinquentes Verhalten von Jugendlichen oft davon geprägt war, repressiv vorzugehen und auffällige Jugendliche, die als Bedrohung aufgefasst wurden, aus der Gesellschaft auszugrenzen. Gerade heutzutage, wo z.B. geschlossene Unterbringung verstärkt diskutiert wird und die zunehmende Privatisierung öffentlicher Räume zu einer zunehmenden Verdrängung von Jugendlichen führt, bleibt es wichtig, sich die Funktion, die „Jugendkriminalität“ für gesellschaftspolitische Diskurse einnimmt, zu vergegenwärtigen.

Den mit Desintegration und Orientierungslosigkeit einhergehenden Tendenzen der Entgrenzung steht ein Diskurs über Prävention gegenüber, der auf Großstädte fokussiert ist. Als Reaktion auf die in Großstädten kumulierenden Problembereiche und Konfliktlagen werden auch Präventionskonzepte oft zuerst in Großstädten gefordert und umgesetzt. Im Gegensatz z.B. zum ländlichen Raum oder zu Kleinstädten scheint es, als ob Formen sozialer Kontrolle hier weniger greifen und deshalb Prävention stärker gefordert ist – die oft mit Integrationsansprüchen verbunden ist und deshalb, so die Erwartung, den großstädtischen Desintegrationstendenzen entgegenwirken kann. Neben den ätiologischen¹, persönlichkeitsbezogenen Ansätzen sind Ansätze, die die situativen Bedingungen einbeziehen, von Bedeutung. Folgende Aspekte spielen in diesem Kontext eine Rolle:² die Furcht vor einer Veränderung von Gelegenheitsstrukturen, Nutzungsmustern und Kontrollmechanismen, die eine Zunahme delinquenter Handlungen zur Folge haben könnte; die Befürchtung, bestimmte Quartiere könnten sich zu „Delinquenzgebieten“ entwickeln; der Versuch, städtebaulichen Entwicklungen, die durch eine Abnahme von Kontrolle und durch Erfahrungen von „Angsträumen“ gekennzeichnet sind, entgegenzusteuern.

Die vorliegende Expertise beschäftigt sich mit Kinder- und Jugendkriminalität und -gewalt und entsprechenden Präventionsmodellen in deutschen Großstädten. Im ersten Teil werden im Rahmen einer Situationsanalyse Gewalt und Delinquenz von Kindern und Jugendlichen beschrieben, wobei insbesondere auf den Bereich der Kriminalität von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft und Aussiedlerjugendlichen näher eingegangen wird. Der zweite Teil setzt sich mit gewalt- und kriminalitätspräventiven Ansätzen und Modellen auseinander. In der Literatur werden unterschiedliche Kategorisierungen zur Systematisierung der Vielfalt

¹ Ätiologischen Theorien ist gemeinsam, dass der Täter, der Deviante, der „Abweichende“ und seine individuellen und/oder sozialen Lebensumstände im Mittelpunkt der Analyse stehen und kriminelles bzw. deviantes Verhalten als individuelle, familiäre, soziale und/oder kulturelle Fehlanpassung gesehen wird.

² Vgl. K.-D. Keim, Gewalt – Kriminalität, in: H. Häußermann (Hg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen 2000.

von in diesem Feld umgesetzten Projekten vorgenommen.³ Wir haben uns für die Gliederung nach primärer, sekundärer und tertiärer Prävention entschieden, da sie die am meisten verbreitete ist und somit Vergleichbarkeit am ehesten gewährleistet – auch wenn die unterschiedlichen Präventionsansätze und -projekte nicht immer trennscharf einzuordnen sind. Anschließend werden die übergeordneten Aspekte Vernetzung und Partizipation behandelt. Im Schlussteil geben wir Empfehlungen für die Umsetzung gewalt- und kriminalitätspräventiver Projekte.

Wir haben uns auf die bundesdeutschen Großstädte mit der höchsten Einwohnerzahl konzentriert (Berlin, Frankfurt a.M., Hamburg, Köln, München) sowie auf Leipzig, um auch eine im Osten Deutschlands gelegene Großstadt heranziehen zu können.

Die Aussagen in der Expertise beziehen sich generell auf bundesdeutsche Großstädte, auch wenn dies nicht explizit benannt wird.

³ Vgl. T. Kunstreich, Aktionsprogramme gegen Gewalt und Gewaltbereitschaft, in: Forum für Kinder- und Jugendarbeit 1/2000.

2. Zur Methodik

Grundlage der Expertise sind Experteninterviews, (Internet-)Recherchen und Studien, die sich sowohl auf das Hellfeld von Jugendkriminalität (auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) oder der Daten der Strafverfolgungsbehörden) als auch auf das Dunkelfeld beziehen (z.B. die Schülerbefragungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN)).

An dieser Stelle möchten wir auf die grundsätzlichen Schwierigkeiten im Umgang mit der für die Beurteilung von Jugendkriminalität gerne herangezogenen Polizeilichen Kriminalstatistik hinweisen. Wie bekannt, macht die PKS Angaben zu registrierten Straftaten und zu Tatverdächtigen. Entwicklungen in diesem Bereich können u.a. auf eine erhöhte Kontrolldichte, eine veränderte Anzeigebereitschaft, eine erhöhte Sensibilisierung oder eben auf einen tatsächlichen Anstieg von Taten zurückzuführen sein. Auf die der PKS immanenten Schwächen ist zwar wiederholt verwiesen worden⁴ (u.a. auch von der Polizei selbst), gleichzeitig wird von unterschiedlichen Stellen gerne mit den Zitate gerade passender Zahlen die eine oder andere Aussage untermauert. Statistische Angaben gehören immer in einen spezifischen Kontext und können grundsätzlich, je nach Vergleichsgröße oder Perspektive der Betrachter/innen, unterschiedlich interpretiert werden. Dies gilt es zu berücksichtigen, sobald Statistiken als Beweis für bestimmte Entwicklungen herangezogen werden.

Vor diesem Hintergrund wird zwar an verschiedenen Stellen dieser Expertise auf die Zahlen der PKS verwiesen, die Grundlage stellen jedoch die Experteninterviews, die Internet- und Literaturrecherche sowie die herangezogenen Studien dar. Interviewpartner/innen für die Experteninterviews waren Kriminolog/innen, Präventions- und Jugendbeauftragte der Polizei, Mitarbeiter/innen der Jugendhilfe und Mitglieder von Präventionsgremien in fünf deutschen Großstädten (Berlin, Frankfurt/M., Hamburg, Leipzig, München). Punktuell wurden auch Projektdarstellungen und Untersuchungen aus anderen deutschen Großstädten einbezogen, insbesondere aus Städten des Ruhrgebiets, Stuttgart, Hannover und Bremen.

⁴ Zur Kritik an der PKS vgl. z.B. W. Lehne, Zu den Konstruktionsprinzipien der polizeilichen Kriminalstatistik am Beispiel der Jugendkriminalität, in: W. Breyvogel (Hg.), Stadt, Jugendkulturen und Kriminalität, Bonn 1998.

3. Situationsanalyse: Delinquenz- und Gewaltverhalten von Kindern und Jugendlichen

3.1 Vorbemerkungen

Die Situation von Kindern und Jugendlichen in deutschen Großstädten ist geprägt von gesellschaftlichen Umbrüchen, Desintegrationstendenzen und nicht zuletzt auch von den Folgen eines expandierenden Abbaus von Leistungen in der Kinder- und Jugendhilfe. Dementsprechend stellen die letzten Kinder- und Jugendberichte eine zunehmende Verschlechterung der ökonomischen Situation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien fest. Die Erfahrung von Benachteiligung wächst und der Anspruch auf soziale Gerechtigkeit wird schwieriger einzufordern. In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass neben einer zunehmenden Verarmung diese Entwicklung dazu führt, dass eine immer größere Zahl von Jugendlichen immer weniger Chancen hat, gesellschaftliche Anerkennung zu erfahren, und dass somit Prozesse sozialer Desintegration noch stärker wirksam werden. Gleichzeitig verfügen Kinder und Jugendliche über geringere Partizipationsmöglichkeiten und haben keine starken Interessenverbände hinter sich, können sich also nur schwer mit allgemein akzeptierten Mitteln gegen diese Prozesse zur Wehr setzen.

Diese Entwicklung bildet eine Folie, vor der Gewalt und Delinquenz von Kindern und Jugendlichen zu bewerten sind.

Jugendkriminalität ist als ein ubiquitäres⁵, temporäres und passageäres Phänomen zu betrachten. Im Verlauf ihrer Jugendzeit begehen sehr viele Jugendliche Straftaten – die meisten nur gelegentlich und im Normalfall bezogen auf weniger schwerwiegende Delikte. Dieses jugendtypische Phänomen tritt unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft auf. Es ist jedoch nicht unabhängig vom Geschlecht. Denn auch wenn sich das kriminelle Verhalten von weiblichen und männlichen Jugendlichen im Bereich der Eigentumsdelikte angeglichen hat,⁶ werden die meisten Gewaltdelikte immer noch viel häufiger von männlichen Jugendlichen begangen.

Neben der großen Gruppe von zumeist männlichen Jugendlichen, die in der Regel mit Eintritt in eine andere Lebensphase weder erfassbar gewalttätig noch kriminell bleiben, existiert – insbesondere in den Großstädten – die kleine Gruppe der Mehrfach- und Intensivtäter. Bei dieser Gruppe sind im Unterschied zu der vergleichsweise viel größeren Gruppe der temporär gewaltbereiten und kriminellen Jugendlichen sozial benachteiligte junge Menschen

⁵ Ubiquitäres Phänomen meint ein in allen Teilen der Gesellschaft anzutreffendes Phänomen.

⁶ Nach neuesten Ergebnissen der Dunkelfeldforschung, vgl. Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz, Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2001, S. 552.

deutlich überrepräsentiert. Diese Gruppe wird sowohl von den Expert/innen der Jugendhilfe als auch von der Polizei in den von uns genauer untersuchten Großstädten als die eigentlich problematische angesehen.

3.2 Jugend und öffentlicher Raum

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Kriminalität und Gewalt von Jugendlichen in deutschen Großstädten kommt man nicht umhin, sich mit den urbanen Veränderungen im öffentlichen Raum auseinanderzusetzen.⁷

Zum einen ist seit Jahren eine Verknappung des öffentlichen Raums in den Großstädten auszumachen. Vormals öffentliche Plätze werden privatisiert; hingegen wird durch die in allen Stadtteilen entstandenen Einkaufszentren diese Entwicklung verschleiert. Auf den ersten Blick wird allgemeiner Zugang und nicht zuletzt für viele Jugendliche „Öffentlichkeit“ vorgetäuscht. Der Zugang aller ist hier jedoch keinesfalls erwünscht: Menschen, die nicht den Eindruck von Konsumfreudigkeit erwecken können oder wollen – z.B. Angehörige bestimmter Jugendkulturen wie Punks, bettelnde Jugendliche, Obdachlose – werden als potenzielle Störfaktoren im Namen der allgemeinen Sicherheit ausgegrenzt, konkret: von privaten Sicherheitskräften entfernt. Für einen Teil großstädtischer Jugendgruppen stellt das im Stadtteil liegende Einkaufszentrum dennoch einen wichtigen Treffpunkt mit der Gruppe dar und von daher einen wichtigen Ansatzpunkt sozialer Arbeit mit Jugendlichen, wie z.B. die – zeitlich begrenzte – Aktion von Kietz für Kids e.V. in Berliner Einkaufszentren⁸ zeigt.

Andere Beispiele für die in Großstädten anzutreffende Entwicklung, dass öffentliche Orte stärker einer monofunktionalen Nutzung unterworfen werden, sind Bahnhöfe, wo die Reisenden nicht beeinträchtigt werden sollen, aber auch öffentliche Plätze, wo versucht wird, die Inanspruchnahme durch Jugendliche zurückzudrängen – da diese meist mit jugendtypischem Verhalten wie Lärm und raumintensiver Nutzung einhergeht. Ausgehend von der Theorie der „Broken windows“ wird versucht, „störendes“ Verhalten auf eine mögliche Ursache von Kriminalität zu reduzieren. Es lässt sich somit eine zunehmende Tendenz in Großstädten feststellen, „störende“ Jugendliche aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, die unter der Devise von Kriminalprävention steht. Jugendliche oder Jugendgruppen, die sich dem widersetzen, laufen Gefahr, kriminalisiert zu werden.

So gilt es zu konstatieren, dass nicht nur die eingeschränkt vorhandenen lokalen Ressourcen immer weiter verknappt werden, sondern die Jugendlichen geraten auch stärker

⁷ W. Lindner, Die „sichere“ Stadt zwischen *urban control* und urbaner Kompetenz, in: W. Breyvogel (Hg.), Stadt, Jugendkulturen und Kriminalität, Bonn 1998.

⁸ Vgl. S. Schützler u.a., U.S.O. – Das Buch. Jugendliche Gruppen an und in innerstädtischen Einkaufszentren Berlins, Berlin 1999.

unter die Kontrolle von privaten Sicherheitsdiensten und Polizei. Nach Einschätzung von Stadtsoziolog/innen und Stadtplaner/innen bewirken diese Tendenzen, dass die bisherigen urbanen Emanzipationspotenziale insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche in ihr Gegenteil verkehrt werden und die Jugendlichen verstärkt Stigmatisierungs- und Kriminalisierungsprozessen ausgesetzt sind.⁹

Als eine Strategie Jugendlicher, mit der Verknappung von öffentlichem Raum umzugehen, kann die „Wiedereroberung“ von öffentlichen und halböffentlichen Flächen durch Graffiti gesehen werden. Hierbei handelt es sich um eine jugendtypische Kunstform, die u.a. auch territoriale Ansprüche zum Ausdruck bringt. Die in vielen Großstädten umgesetzten Strategien zur Bekämpfung von Graffiti und zur Verhinderung des Abdriftens von Kindern und Jugendlichen in die Sprayerszene sind ein Zeichen dafür, wie brisant diese Auseinandersetzung ist.¹⁰

3.3 Zur Entwicklung von Kinder- und Jugenddelinquenz

Sowohl die Zahlen der PKS als auch die von uns befragten Expert/innen sagen aus, dass seit der Wende und der Öffnung der osteuropäischen Staaten die von Kindern und Jugendlichen ausgehende registrierte Kriminalität in den deutschen Großstädten angestiegen ist. Bis ca. 1998 sind die Tatverdächtigenbelastungszahlen für Kinder und Jugendliche in den Großstädten angewachsen. Ab Ende der neunziger Jahre ist ein Rückgang der Zahlen auszumachen. Von 2000 auf 2001 ist in mehreren Großstädten allerdings wieder ein – unterschiedlich ausgeprägter – Anstieg feststellbar.

Diese Entwicklung gilt im Allgemeinen zwar für alle untersuchten Großstädte, jedoch sind innerhalb dieses Zeitraumes deutlich unterschiedliche Schwankungen zu konstatieren. So hat Berlin beispielsweise einen starken Anstieg in den Jahren 1989 und 1990 zu verzeichnen, auf den ein deutlicher Rückgang im Jahr 1991 und den darauffolgenden Jahren folgte, bis es ab 1994 wieder zu einem Anstieg bis zum Jahr 1998 kam; seit 1998 sinken die Zahlen wieder bis zum Jahr 2000.¹¹ In Hamburg beispielsweise kam es zu einem Anstieg bis zum Jahr 1993, danach zu einem Rückgang und einem erneuten Anstieg, der im Jahr 1998 seinen Höhepunkt erreichte. Darauf folgt ein deutlicher Rückgang bis 1999, ein leichter Anstieg bis 2001 und wiederum ein Rückgang bis 2002. Laut Aussagen der befragten Expert/innen sind diese Schwankungen zum Teil auch auf die eingangs skizzierten

⁹ Vgl. hierzu die Aufsätze in W. Breyvogel (Hg), Stadt. Jugendkulturen und Kriminalität, Bonn 1998.

¹⁰ Siehe auch den Exkurs zu Graffiti im zweiten Teil der Expertise.

¹¹ S. Voß, Entwicklung der Delinquenz von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden in Berlin seit der Wende, in: D. Birkhoff /M. Matzke (Hg.), Straftaten junger Menschen im vereinigten Berlin, Berlin 2001.

Schwächen der PKS zurückzuführen (veränderte Anzeigebereitschaft, veränderte Sensibilisierungen).

Ein Vergleich der bundesdeutschen Großstädte hinsichtlich der Altersstruktur aller Tatverdächtigen (jugendliche Tatverdächtige bezogen auf die Gesamtheit der Tatverdächtigen) ergibt Schwankungen, die zwischen 10 % und 14 % liegen. Nur Frankfurt liegt mit 7 % deutlich darunter. Bei diesem bemerkenswert geringen Anteil tatverdächtiger Jugendlicher handelt es sich meist um sog. Intensivtäter, die von der Polizei im Laufe eines Jahres wegen zahlreicher, immer wieder neu begangener Taten ermittelt, entsprechend der echten Tatverdächtigenzählung aber nur einmal gezählt wurden.¹² Einiges spricht dafür, dass auch die anderen Schwankungen mit den Schwächen der Statistik zusammenhängen. So schwanken beispielsweise die Zahlen für die Großstädte des Ruhrgebiets zwischen 11 % (Duisburg) und 14 % (Dortmund) ohne dass Expert/innen vor Ort eine Erklärung dafür haben.

Der weitaus größte Teil registrierter Kriminalität von Kindern und Jugendlichen liegt nach wie vor beim Ladendiebstahl (mehr als 50 %), wie auch die von uns befragten polizeilichen Expert/innen der untersuchten Großstädte bestätigten. Ein bedeutender Anstieg erfolgte mit der Wende und der Öffnung der Grenzen. Seit Mitte der neunziger Jahre weist die gesamtdeutsche Statistik hier einen kontinuierlichen Rückgang aus,¹³ den auch die Interviewpartner/innen für die untersuchten Großstädte bestätigten. Eine interviewte Expertin äußerte sich zu diesem Phänomen dahingehend, dass sich Kinder und Jugendliche aus den neuen Ländern oder aus Osteuropa anfänglich so ungeschickt verhalten hätten, dass die Chance, sie beim Stehlen zu erwischen, noch höher gewesen sei als bei Junkies –gemeinhin eine Gruppe, die für ihr ungeschicktes Verhalten beim Ladendiebstahl bekannt ist.

An dieser Stelle ist auf die Diskrepanz zwischen öffentlicher Diskussion und dem statistischen Zahlenmaterial aufmerksam zu machen: Obwohl der „einfache Ladendiebstahl“ das am häufigsten begangene Delikt von Kindern und Jugendlichen darstellt, wird in der Öffentlichkeit oft eine Steigerung der von Jugendlichen ausgehenden Gewalt in den Vordergrund gestellt.

Die von Kindern und Jugendlichen begangenen registrierten Gewaltdelikte haben bis ca. 1998 zugenommen. Das bezieht sich – in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlichen Schwankungen – auf einfache und schwere Körperverletzung sowie Raub/räuberische Erpressung in den untersuchten Großstädten. Es ist anzunehmen, dass diese Entwicklung auch für die anderen bundesdeutschen Großstädte gilt. Auch die oben

¹² Vgl. PKS 1998.

erwähnte Abnahme der Tatverdächtigenbelastungszahlen gegen Ende der neunziger Jahre ist bei diesen Deliktbereichen festzustellen. Zu der Frage, ob es sich hierbei um eine Trendwende handelt, können noch keine Aussagen getroffen werden. Dem entgegen spricht die aus mehreren Großstädten berichtete Zunahme im Jahr 2001 gegenüber 2000.

Anlass zur Sorge gibt nach Ansicht der befragten Expert/innen am ehesten der Bereich der (leichten) Körperverletzung, die sich in den meisten Städten auf (zu) hohem Niveau bewege. Positiv ist hingegen, dass es Hinweise gibt, die die These der „immer brutaler werdenden“ Jugendlichen entkräften. So habe der Anteil der Raubdelikte, bei denen es zu einer Verletzung des Opfers gekommen ist, abgenommen und der Einsatz von Waffen sei kontinuierlich und in deutlichem Umfang rückläufig. Auch im Bereich der schweren Körperverletzungen lasse sich eine positive Entwicklung feststellen, u.a. abnehmende Quoten der Fälle, in denen die Opfer massive Verletzungen davontragen.¹⁴

3.4 Delinquenz von Kindern

Auf die Gruppe der strafunmündigen Kinder bezogen, muss festgehalten werden, dass die polizeilichen Daten mit besonderer Vorsicht zu interpretieren sind, da in Anbetracht des niedrigen Ausgangsniveaus bereits geringe Zunahmen des Aufdeckungsrisikos oder der Anzeigehäufigkeit starke Anstiegsquoten auslösen, ohne dass dem eine Veränderung im Delinquenzverhalten entsprechen muss.¹⁵ Kinder begehen überwiegend Eigentumsdelikte im Bagatellbereich (Ladendiebstähle, Sachbeschädigungen), deren Aufklärung von der Kontrolldichte abhängig ist. Aber auch aus den Zahlen der PKS lässt sich keine hohe Delinquenzrate oder Gewaltbereitschaft herauslesen. So kommt die Studie des Bayerischen Landeskriminalamtes über „Kinder- und Jugendkriminalität in München“¹⁶ zu dem Schluss, dass nach wie vor nur ein sehr kleiner Teil aller Kinder polizeilich auffällig werde und dass die oft behauptete Entwicklung „immer jünger und immer mehr“ sich mit den polizeilichen Daten nicht belegen lasse. Diese Aussage lässt sich nach Angaben der befragten Expert/innen auch auf andere deutsche Großstädte übertragen.

Die Zunahme der Tatverdächtigenbelastungszahlen bei Kindern sieht zwar für manche Deliktbereiche prozentual betrachtet dramatisch aus; es gilt jedoch festzuhalten, dass es sich absolut betrachtet immer noch um sehr geringe Zahlen handelt. Die Zunahme beruht in erster Linie auf einem Anstieg bei den Ladendiebstählen, die 1999 ca. 60 % ausmachten und in der Regel Gegenstände im Wert von unter 13 Euro betrafen. Eine weitere Ursache für den

¹³ Vgl. Erster Periodischer Sicherheitsbericht, S. 522.

¹⁴ Dies wird z.B. für Hannover im Ersten Periodischen Sicherheitsbericht bestätigt, S. 531.

¹⁵ Vgl. Erster Periodischer Sicherheitsbericht, S. 517.

¹⁶ Bayerisches Landeskriminalamt (Hg.), Kinder- und Jugendkriminalität in München, München 1998.

Anstieg der tatverdächtigen Kinder ist von einer Zunahme der Kontrolldichte und der polizeilichen Registrierungswahrscheinlichkeit abzuleiten.¹⁷

Kinderdelinquenz ist in der öffentlichen Diskussion ein Phänomen, das oft in Verbindung mit Großstädten gebracht wird, in denen stabilisierende Milieus verstärkt in Auflösung begriffen sind und Formen informeller soziale Kontrolle immer weniger stattfinden. Auch wenn diese Annahmen mögliche Ursachen für den Anstieg im Bereich der Kinderdelinquenz sein können, so ist doch festzuhalten, dass – abgesehen von Einzelfällen, in denen bestimmte Kinder mehrfach durch Delikte auffallen und Polizei, Jugendhilfe und Justiz vor große Probleme stellen – die Furcht vor einem stetigen quantitativen und qualitativen Anwachsen der Kinderdelinquenz unbegründet ist.

3.5 Jugendgruppengewalt

Jugendgewalt in deutschen Großstädten stellt sich in großem Ausmaß als Gruppenphänomen dar. Das heißt, die Gewalttaten werden von mehreren Tätern begangen oder von einem Täter, der die Gruppe als Machtinstrument einsetzt. Die Delikte, die hierunter fallen, sind in erster Linie Raub, räuberische Erpressung, Körperverletzung und Bedrohung. Jugendgruppengewalt ist ein männliches Phänomen, sowohl in Hinblick auf die Täter als auch auf die Opfer. Übereinstimmend berichten die befragten Expert/innen in diesem Zusammenhang, dass die Opfer entweder gleichen Alters oder jünger seien. Einige Expert/innen verwiesen ausdrücklich auf die Tendenz, dass Jugendliche sich kleinere oder schwächer wirkende Jungen als Opfer aussuchen. Eine Untersuchung in einem Berliner Quartier¹⁸ bestätigt letztere Aussage: Sie belegt, dass – bezogen auf diesen Kiez – das größte Viktimisierungsrisiko Kinder und jüngere Jugendliche trügen, die aufgrund ihrer altersbedingt geringeren körperlichen Kräfte und ihrer mittelschichtspezifischen Sozialisation unerfahrener im Umgang mit körperbezogenen Konfrontationsroutinen sein könnten und bei denen wegen ihrer eher individualisierten Lebensweise ein Konflikt mit Angehörigen oder Freunden nicht unbedingt zu erwarten ist. Vor diesem Hintergrund komme es gelegentlich auch zu massiven Einschüchterungen und Verunsicherungen, die einzelne Kinder und Jugendliche in eine Opferrolle drängen.

Je nach den lokalen Besonderheiten existiert in deutschen Großstädten eine Vielzahl von unterschiedlichen und mit einem unterschiedlichen Selbstverständnis ausgestatteten Cliques, Gangs und Gruppen, die sich nach ethnischen, jugendkulturellen und – bedingt –

¹⁷ Erster Periodischer Sicherheitsbericht, S. 517.

¹⁸ H. de Vries, Jugendgewalt und ethnische Zuordnungen in einem Berliner Innenstadtviertel, Berlin 2002.

politischen Hintergründen definieren. Zunehmend existieren neben Gruppen, deren Mitglieder die gleiche ethnische Herkunft haben, auch gemischt ethnische Stadtteilgruppen. Unterschiede gibt es in dem Grad der gesellschaftlichen Marginalisierung. So handelt es sich zwar sowohl bei den jugendlichen Cliques nichtdeutscher Herkunft und bei Aussiedlern als auch bei den rechten gewaltbereiten Jugendlichen um Angehörige aus tendenziell sozial unterprivilegierten Schichten, die gesellschaftliche Akzeptanz bzw. Ausgrenzung ist jedoch eine andere: Junge Aussiedler und Jugendliche türkischer oder arabischer Herkunft werden stärker strukturell diskriminiert und verfügen über weniger Zugänge zu Bildungs- und Arbeitsmarkt.

3.6 Delinquenz und Gewalt Jugendlicher nichtdeutscher Herkunft

Insbesondere die Expert/innen der Polizei verweisen darauf, dass in den Großstädten der alten Bundesländer und im westlichen Teil von Berlin männliche Jugendliche nicht-deutscher Herkunft als Tatverdächtige überproportional stark vertreten seien. Auch das öffentliche Meinungsbild ist geprägt durch die Annahme, dass in diesen großstädtischen Quartieren Jugendgewalt und Jugendkriminalität überwiegend von Gruppen nicht-deutscher männlicher Jugendlicher ausgehen.

Bevor auf diesen Punkt weiter eingegangen wird, soll kurz auf die grundsätzliche Problematik der Kategorisierung deutsch – nichtdeutsch hingewiesen werden: Es gilt zu beachten, dass auch in einem reflektierten Umgang mit den Begriffen und Kategorisierungen bestehende Bilder und Vorurteile wiederholt und ins Bewusstsein befördert werden, sei es auch in der Widerlegung bestehender Vorurteile.

Sowohl die Zahlen der PKS als auch die Aussagen von Expert/innen weisen darauf hin, dass deutsche und nichtdeutsche Jugendliche bezogen auf ihren Bevölkerungsanteil unterschiedliche Kriminalitätsraten aufweisen. So hat einerseits die Zahl der registrierten nichtdeutschen Tatverdächtigen im Zeitraum von 1984 bis 1999 stärker als die der deutschen zugenommen.¹⁹ Auch liegt der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen erheblich über ihrem Anteil an der Bevölkerung. Seit Mitte der neunziger Jahre hat es einen Rückgang des Anteils der Nichtdeutschen an den Tatverdächtigen gegeben, der jedoch bei den Gewaltdelikten weniger stark ausgeprägt ist. Diese Angaben gelten in ihrer Tendenz für die Großstädte in den alten Ländern (einschließlich Westberlin); in den Großstädten im

¹⁹ Erster Periodischer Sicherheitsbericht, S. 539.

Osten Deutschlands sind die Tatverdächtigenanteile nichtdeutscher Jugendlicher deutlich niedriger.²⁰

Mit diesen hier nur grob wiedergegebenen Zahlen setzen sich mehrere Untersuchungen auseinander, die mit unterschiedlichen Methoden und Ansätzen (Vergleich mit anderen Hellfeldzahlen oder mit der Dunkelfeldforschung) diese Daten interpretieren haben. Besonders sind in diesem Kontext die Schülerbefragungen zu nennen, die das KFN durchgeführt hat.

Die meisten Studien kommen zu einer deutlichen Relativierung des Unterschiedes in den Kriminalitätsraten von deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen. So werden die Zahlen der PKS z.B. durch einen Vergleich mit denen der Justiz relativiert: Stellt man die Zahlen der PKS denen der Strafverfolgungsbehörden gegenüber und untersucht hier insbesondere die Einstellungen von Verfahren, so ergibt sich laut Henning²¹ das Bild, dass die Polizei bei ihren Ermittlungen gegen ausländische Jugendliche oft „übereifrig“ sei, denn Verfahren gegen nichtdeutsche Jugendliche werden überproportional häufig wegen Geringfügigkeit eingestellt.²²

Die Aussage, dass die stärkere Kriminalitätsrate von nichtdeutschen Jugendlichen zum Teil auf das Ermittlungsverhalten der Polizei zurückzuführen sei, wird von einer Studie bestätigt, die auf Befragungen in Städten in Nordrhein-Westfalen basiert. Demzufolge müsse jeder zweite männliche junge Ausländer, der eine strafrechtlich relevante Handlung ausgeführt habe, damit rechnen, von der Polizei als Tatverdächtiger registriert zu werden, von den jungen Deutschen hingegen nur jeder Sechste.²³

Auch haben, wie die 1998 in mehreren deutschen Großstädten durchgeführte Schülerbefragung des KFN ergeben hat, nichtdeutsche Jugendliche ein höheres Risiko, wegen einer Gewalttat angezeigt zu werden, als junge Deutsche.²⁴ Die Schülerbefragung aus dem Jahr 2000 bestätigt diesen Befund.

Ein weiterer Ansatzpunkt, die eingangs zitierten Angaben der PKS zu interpretieren, besteht darin, die unterschiedlichen sozialen Lebenslagen von deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen in die Bewertung mit einzubeziehen. Unternimmt man dieses Unterfangen, so wird deutlich, dass die Unterschiede in der Kriminalitätsrate von deutschen und ausländischen Jugendlichen nicht so hoch ist, wie die PKS suggeriert: Denn werden die

²⁰ Ebenda.

²¹ D. Henning, Studien widerlegen „steigende Jugendkriminalität“, unveröff. Manuskript, 1998.

²² So lautet ein Ergebnis von Untersuchungen des KFN.

²³ Vgl. D. Henning, a.a.O.

²⁴ C. Pfeiffer u.a., Ausgrenzung, Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen, in: DVJJ (Hg.), Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter, Mönchengladbach 1998.

Statistiken um Faktoren wie Schichtzugehörigkeit und Bildung homogenisiert, nähern sich deutsche und nichtdeutsche Jugendliche an.²⁵

Trotz der oben ausgeführten Relativierungen der Aussagen der PKS in Bezug auf die Kriminalitätsraten von Jugendlichen deutscher und nichtdeutscher Herkunft sind sich die meisten Untersuchungen zu dem Thema einig, dass unterschiedliche Gewalt- und Kriminalitätsgefährdungen und -belastungen für deutsche und nichtdeutsche Jugendliche bestehen bleiben.²⁶ Sie unterscheiden sich deutlich nach Deliktbereichen.

So weisen Befunde der KFN-Schülerbefragungen die Unterschiede von deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen in den untersuchten Großstädten unter dem Aspekt von Gewalt und Kriminalität folgendermaßen aus, dass junge Migranten bei bagatelhaften Eigentumsdelikten eher geringere Täterraten aufweisen und sich bei schwerwiegenden Eigentumsdelikten von ihren deutschen Altersgenossen nicht unterscheiden. Erhebliche Unterschiede finden sich hingegen für Gewaltdelikte. Hier sind auch innerhalb der Dunkelfeldforschung Jugendliche nichtdeutscher Herkunft stärker belastet. Das gilt sowohl für Rohheitsdelikte als auch für Körperverletzung und Raub/räuberische Erpressung. Weiterhin weisen die Untersuchungen des KFN aus, dass unter jungen Ausländern überproportional viel Mehrfachtäter zu finden sind.²⁷

Eine deutliche Tendenz in der Forschung geht dahin zu konstatieren, dass Migrantenjugendliche in den neunziger Jahren im Durchschnitt „kriminell anfälliger“ sind als deutsche Jugendliche.²⁸

In Theorie und Praxis ist die Erkenntnis verbreitet, dass die Staatsangehörigkeit keine Ursache für Kriminalität und Gewalt darstellt. Von daher erscheint es notwendig, sich mögliche Ursachen der unterschiedlichen Kriminalitätsbelastungen von deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen zu vergegenwärtigen. Nur auf dieser Basis ist denn auch möglich, angepasste Präventions- und Interventionskonzepte zu entwickeln.

Ein wichtiger Aspekt, den es hier zu berücksichtigen gilt, ist die soziale Lage. So unterstreichen auch Steffen und Eisner in ihrer Untersuchung über die Kriminalität junger Ausländer für das Bayerische Landeskriminalamt, dass die Bedeutung von „Lebenslagen“, von individuellen und kulturellen Merkmalen, von sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sonstigen Lebensbedingungen für die Kriminalität bzw. die Kriminalisierung von Menschen in

²⁵ H.-J. Albrecht, Die neue Angst vorm schwarzen Mann. Was steckt hinter dem Gerede von der Ausländerkriminalität?, in: Der Überblick, 1/1998, S. 15.

²⁶ B. Gathmann, Jugenddelinquenz unter Migranten und ethnischen Minderheiten. Prävention und „good practices“. Das Beispiel Berlin, Berlin 2002, S. 19 f.

²⁷ Vgl. ebenda.

²⁸ Vgl. R. Geißler, Ausländerkriminalität – Vorurteile, Missverständnisse, Fakten, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, 1/2000, S. 25.

der Kriminologie unbestritten ist und zu den geläufigsten Erklärungen von Kriminalität gehört.²⁹

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass ein großer Teil der nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen mit einer anderen sozialen Wirklichkeit konfrontiert wird als deutsche Kinder und Jugendliche. Eine Kumulation von familiären Belastungen, Langzeitarbeitslosigkeit, ethnischen Konflikten und psychosozialen Problemen sowie struktureller Rassismus sind Faktoren, die oft ihren Alltag bestimmen. Sie sind ein Teil der Ursachen der sozialen Desintegration, die wiederum normverletzendes Verhalten und die Suche nach „Feinden“ begünstigt. Als zusätzliche Belastung kann für die Kinder und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft dazu kommen, dass sie über einen unsicheren rechtlichen und damit einhergehenden sozialen Status verfügen. Von besonderer Wichtigkeit für die Lebenslagen nichtdeutscher Kinder und Jugendlichen ist neben der eigenen die Migrationssituation der Herkunftsfamilie. So ist von Bedeutung, ob die Eltern schon sehr lange in Deutschland leben, einen gesicherten Rechtsstatus haben oder aber immer noch davon bestimmt sind, „zurückkehren“ zu wollen und damit ein weit geringeres Interesse an einer sprachlichen und darüber hinaus gehenden sozialen Integration haben.

Laut den Untersuchungen von Pfeiffer und Wetzels (KFN) weisen die am längsten hier lebenden Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft die höchsten Täterraten auf. Sie erklären das damit, dass junge Migranten eine Zeitlang bereit seien, Eingliederungsprobleme hinzunehmen. Wenn sich diese Nachteile jedoch verfestigten, sinke ihre Bereitschaft, sich an die Regeln der Aufnahmegesellschaft zu halten.³⁰ Allerdings sind auch Untersuchungen durchgeführt wurden, die diese Aussage relativieren. So hat eine Studie des Bayerischen Landeskriminalamtes ergeben, dass die Zuwächse ausländischer jugendlicher Tatverdächtigen in München nicht primär auf die türkischen Jungen der zweiten und dritten Generation zurückzuführen seien, sondern größtenteils auf Jugendliche, die aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien zugezogen bzw. geflüchtet sind.³¹

Für die Gegenüberstellung von Kindern und Jugendlichen deutscher und nichtdeutscher Herkunft in Bezug auf Delinquenz und Gewaltverhalten ist es also unabdingbar, die jeweilige soziale Herkunft mit einzubeziehen. Anderenfalls läuft man Gefahr, bestehende soziale Konflikte und Schwierigkeiten zu ethnisieren, oder, anders ausgedrückt, Kindern und Jugendlichen mit schwierigen sozialen Hintergründen eine kulturelle Verantwortung zuzuschreiben.

²⁹ E. Eisner/W. Steffen, Kriminalität junger Ausländer, in: Deutsches Polizeiblatt, 5/2000, S.1.

³⁰ C. Pfeiffer/P. Wetzels, Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland, R. Oerter/S. Höfling (Hg.), Mitwirkung und Teilhabe von Jugendlichen, München 2001, S. 122.

³¹ Bayerisches Landeskriminalamt (Hg.), Kinder- und Jugendkriminalität in München, München 1998; vgl. auch C. Lüders, Prävention und „Kinder stark machen“. Zauberworte oder fachliche Prinzipien?, in: „Bevor es zu spät ist ...“ Präventiver

Als eine weit verbreitete Erklärung hinsichtlich der höheren Gewaltbelastung nichtdeutscher Jugendlicher fungiert der Verweis auf eine spezifische Männlichkeitsvorstellung von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft, insbesondere aus dem islamischen Raum, die mit einer deutlichen Verachtung für alles Weibliche einhergeht und Gewalt als anerkanntes Mittel zur Durchsetzung von Dominanzbestrebungen und Ehrvorstellungen begreift.³²

Ein weiteres Erklärungsmuster liefert die KFN-Schülerbefragung mit dem Hinweis, dass türkische Jugendliche häufiger als deutsche unter Gewalterfahrungen in der Familie leiden. Beispielsweise berichtete die Hälfte aller Jugendlichen aus Familien, die von Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug betroffen waren, dass sie zu Hause geschlagen oder misshandelt werden.³³

Damit ist das Gewaltverhalten von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft jedoch nicht umfassend erklärt. Gerade das in Großstädten oft anzutreffende, mit Gewalt verbundene Auftreten im öffentlichen Raum – Übergriffe auf andere Jugendliche, „Abziehen“ – kann möglicherweise einleuchtender vor dem Hintergrund differenter kultureller Muster und Ausgrenzungserfahrungen verstanden werden. So belegen einige Untersuchungen über Jugendcliquen oder -gruppen in Großstädten wie Berlin oder Frankfurt, dass Jugendliche ausländischer Herkunft versuchten, über körperliche Auseinandersetzungen ihr sozialräumliches Umfeld zu kontrollieren, situativ Status herzustellen und Selbstwert gemeinsam mit anderen und vor den Augen anderer zu bestätigen. Die Gewalttaten richteten sich in solchen Fällen nicht selten gegen deutsche Jugendliche, um auf die erlebte alltägliche Diskriminierung zu reagieren:

„Als scheinbar banalen Ausgangspunkt einer Tat schilderten die Bandenmitglieder immer wieder den ‚schiefen Blick‘, mit dem sie deutsche Jugendliche betrachten. In diesen Blicken, dem ‚Dumm-angeguckt-Werden‘ von Deutschen, nahmen die Jugendlichen ein verächtliches Bild ihrer selbst wahr. Zuschlagen bedeutet für sie ein legitimes Zurückschlagen gegen Deutsche, unter deren Blick sie sich missachtet fühlten und kein Selbstwertgefühl entwickeln konnten.“³⁴

Damit lassen sich Gewalthandlungen bei Migrant*innen Jugendlichen (türkischer Herkunft) nicht alleine mit den kulturellen Hintergründen erklären, sondern sind nur im Kontext der

Kinder- und Jugendschutz in sozialen Brennpunkten, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 1999, S. 21 f.

³² Diese Einschätzung wurde von vielen Expert*innen geteilt. Eine ähnlich begründete Erklärung ist die, dass durch die Bewerkstelligung von Maskulinität der Anspruch an Macht, Dominanz und Kontrolle geäußert wird. Vgl. J. Kersten, Sichtbarkeit und städtischer Raum. Jugendliche Selbstinszenierung, Männlichkeit und Kriminalität, in: W. Breyvogel (Hg.), Stadt, Jugendkulturen und Kriminalität, Bonn 1998. Insbesondere sozial benachteiligte männliche Jugendliche sehen hierin eine Möglichkeit, ihre reale soziale Benachteiligung zu überspielen.

³³ Vgl. C. Pfeiffer/P. Wetzels, Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.3.2000.

³⁴ H. Tertilt, Turkish Power Boys. Zur Interpretation einer gewaltbereiten Subkultur, in: Zeitschrift für Sozialisation und Erziehung, 1/1997, S. 28 f. Vgl. auch H. Tertilt, Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande, Frankfurt a.M. 1996.

Migrationserfahrungen zu verstehen. Inwieweit diese auf genau eingegrenzte Sozialräume oder Jugendszenen bezogenen Studien verallgemeinerbar sind, muss an dieser Stelle offen bleiben.

In diesen Zusammenhang lässt sich auch die der Theorie des Labeling Approach folgende These einordnen, dass eine immer wieder wahrzunehmende ethnisierte Außenerwartung, nämlich aggressiv, gewalttätig oder sogar kriminell zu sein – wie sie in regelmäßigen Abständen in der Medienberichterstattung formuliert wird –, dazu führen kann, dass diese Zuschreibung in das eigene Selbstbild übernommen wird. Die Fremdpositionierung durch die Gesellschaft wird in diesem Prozess zur (ethnisch ausgerichteten) Selbstpositionierung, was wiederum die gesellschaftlichen Vorurteile spiegeln und bestätigen würde.³⁵

3.7 Delinquenz und Gewalt jugendlicher Aussiedler/innen

Aussiedlerjugendliche in deutschen Großstädten verfügen aufgrund ihrer regionalen Herkunft (Russische Föderation, Kasachstan, Usbekistan etc.) über unterschiedliche Sozialisationserfahrungen. Der einzige Aspekt, der diesen Jugendlichen gemein sein könnte, ist der, dass ein großer Teil von ihnen nicht freiwillig nach Deutschland gekommen ist, sondern von den Eltern mitgebracht wurde (ein Umstand, der dazu führt, dass in der Literatur von der „mitgenommenen Generation“ die Rede ist³⁶). Die Jugendlichen haben in ihrem Herkunftsland ihre peer-group verlassen und ihr soziales Netz aufgeben müssen.

In den letzten Jahren wird in regelmäßigen Abständen das Bild einer besonderen und gefährlichen „Aussiedlerkriminalität“ in deutschen Großstädten gezeichnet. Zumeist männliche jugendliche Aussiedler werden schneller als ihre deutschen männlichen Altersgenossen mit Kriminalität und Gewalt in Verbindung gebracht. Zentrale Rolle für die Etablierung dieses Vorurteils nimmt erneut die Berichterstattung der Medien ein.

Entgegen diesem Vorurteil beschreibt eine Untersuchung des Bayerischen Landeskriminalamtes, dass die Quantität von „Aussiedlerkriminalität“ nicht besorgniserregend sei, auch wenn für München die Gruppe der 10- bis 13-jährigen momentan prozentual stärker vertreten ist als die vergleichbare „deutsche“ Gruppe.

Verglichen mit anderen Jugendlichen ist das Delikt des „einfachen Diebstahls“ am meisten vertreten. Auch die Auswertung des Gewaltpotenzials ergab nach Luff für München keine beunruhigenden Ergebnisse:³⁷ In 10 % der Fälle war ein „brutales Verhalten“ festzustellen.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Deutsches Jugendinstitut (Hg.), Die mitgenommene Generation. Aussiedlerjugendliche – eine pädagogische Herausforderung für die Kriminalitätsprävention, München 2002.

³⁷ J. Luff, Kriminalität von Aussiedlern – polizeiliche Registrierung als Hinweis auf misslungene Integration?, München 2000.

Auch wenn darüber hinaus das Bild stark alkoholisierter jugendlicher Täter existiert, das in einigen Großstädten von den von uns befragten Jugendbeauftragten bekräftigt wurde, muss für München mit Blick auf die polizeilich registrierten Taten ausgesagt werden, dass nur 9,5 % der Täter unter Alkoholeinfluss standen (der „deutsche Vergleichswert“ der PKS liegt bei 8,8 %).

Luff kommt darüber hinaus zu den Erkenntnissen, dass zum einen die registrierte Kriminalitätsrate von Aussiedlerjugendlichen bei längerem Aufenthalt in Deutschland ansteigt und dass (als ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung des fünfjährigen Integrationsverlaufs) festzustellen ist, dass Kriminalität nicht Konsequenz bestimmter Staatsangehörigkeit oder Rechtstellung, sondern vielmehr maßgebliche Folge einer ungünstigen sozialen Lage ist.³⁸ Repräsentative Untersuchungen zu der Situation und zur Frage der Kriminalitätsbelastung von jugendlichen Aussiedler/innen in anderen deutschen Großstädten stehen noch aus.

Als ein weiteres Ergebnis unserer Expertenbefragung ist darauf hinzuweisen, dass Mädchen und junge Frauen mit Aussiedlerhintergrund beim Thema Kriminalität und Gewalt noch weniger in Erscheinung treten als in vergleichbaren deutschen Gruppen.

3.8 Mädchen, Gewalt und Kriminalität

Stellten kriminelle oder gewalttätige Mädchen und junge Frauen zu Beginn der neunziger Jahre noch eine Ausnahme dar, hat sich das inzwischen geändert. Sowohl die befragten Expert/innen als auch andere Schätzungen weisen den Anteil von Mädchen an der Gruppe der kriminellen oder gewalttätigen Jugendlichen in deutschen Großstädten bei ca. 10 % aus. Dennoch muss festgehalten werden, dass es sich bei dem Phänomen von Jugendkriminalität und Gewalt immer noch überwiegend um ein männliches Phänomen handelt. Insbesondere Jugendgewalt muss nach Aussagen von Expert/innen als typisches Jugenddelikt bezeichnet werden. Kriminalität von jungen Mädchen bestehe hauptsächlich aus Eigentumsdelikten, vor allem Ladendiebstahl, so Christine Burck vom Landeskriminalamt in Berlin.³⁹

Dieses „Aufholen“ der jungen Frauen und Mädchen muss in Zusammenhang mit veränderten Rollenzuschreibungen und der Selbstwahrnehmung junger Frauen und Mädchen betrachtet werden. Insbesondere das Verhalten von Mädchen und jungen Frauen im öffentlichen Raum hat sich verändert. Diese grundsätzliche Veränderung ist besonders sichtbar an dem Auftreten von Mädchen und jungen Frauen in deutschen Großstädten und einer offensiveren

³⁸ Ebenda, S. 193.

³⁹ Christine Burck in der *taz* vom 18.2.2003.

Inanspruchnahme öffentlicher Räume – oft auch gestützt durch Angebote der Mädchenarbeit.⁴⁰

Hierbei stoßen Mädchen allerdings leicht an Grenzen: Zum einen werden sie früher und entschiedener sanktioniert, wenn sie aggressiv auftreten oder dominantes Verhalten z.B. bei der Eroberung von Räumen zeigen: Sie werden dann leicht als „besonders gewalttätig“ oder „besonders männlich“ wahrgenommen. Gleichzeitig ist zu konstatieren, dass gewalttätige und kriminelle Mädchen und junge Frauen immer noch als keine „richtigen“ Frauen wahrgenommen, beschrieben und letztlich auch behandelt werden. Gilt aggressives und gewalttätiges Auftreten von Jungen und jungen Männern als Zeichen einer spezifisch kulturell geprägten Männlichkeit, stoßen Mädchen und junge Frauen immer noch an die Grenzen der – inzwischen differenzierteren – Rollenbilder. So kommen Stenke, Bergelt und Börner in ihrer Untersuchung zu Mädchen- und Jungengewalt in der Schule zu dem Ergebnis, dass aggressive, machtdemonstrierende Mädchen abgewertet und marginalisiert werden und weder gefürchtet noch für ihr Verhalten anerkannt werden. Im Gegensatz dazu werden Jungen mit einem ähnlichen Verhalten als „richtige Männer“ wahrgenommen.⁴¹

Bei großstädtischer Gewalt und Kriminalität von weiblichen Jugendlichen handelt es sich oft um Delikte, die aus einer Gruppe heraus begangen werden. Es existieren reine Mädchengruppen, wie aus den Experteninterviews deutlich wurde und wie auch Bruhns und Wittmann in ihrer Untersuchung über Mädchen und junge Frauen in gewalttätigen Jugendgruppen herausgearbeitet haben,⁴² und geschlechtergemischte Gruppen, in denen, laut Burck, auch Mädchen „den Ton angeben“ können.⁴³

Über die Einschätzung des gewaltunterstützenden Potenzials von Mädchen und jungen Frauen in gewaltbereiten Gruppen herrscht keine Einigkeit. So wird zum einen die These vertreten, dass Mädchen eine gewaltauffordernde Haltung einnehmen können, ohne selber direkt gewalttätig zu sein; andererseits wird darauf verwiesen, dass von den weiblichen Gruppenmitgliedern ein gewalthemmender Einfluss ausgehen könne.⁴⁴

⁴⁰ Vgl. die Jahresberichte des Neuköllner Mädchentreffs MaDonna. Vgl. auch G. Heinemann, Kieznahe Gewaltprävention im Mädchentreff, in: Landeskommision Berlin gegen Gewalt (Hg.) Berliner Forum Gewaltprävention, Sondernummer 2, Berlin 2001.

⁴¹ D. Stenke/S. Bergelt/F. Börner, Jungengewalt – Mädchengewalt – ein Exkurs, in: Gewalt als soziales Problem an Schulen, Opladen 1998, S. 106.

⁴² K. Bruhns/S. Wittmann, „Ich meine, mit Gewalt kannst du dir Respekt verschaffen.“ Mädchen und junge Frauen in gewaltbereiten Jugendgruppen, Opladen 2002, S. 199.

⁴³ C. Burck, a.a.O.

⁴⁴ R. Koch/S. Behn, Gewaltbereite Jugendkulturen, Theorie und Praxis sozialpädagogischer Gewaltarbeit, Weinheim 1997, S. 205 ff.

3.9 Hasskriminalität

Unter Hasskriminalität sind Delikte und Übergriffe zu verstehen, die aus einer fremdenfeindlichen, antisemitischen, sozialrassistischen, sexistischen oder homophoben Einstellung heraus begangen werden.⁴⁵ In diesen Bereich fällt also auch die rechtsextremistisch orientierte Gewalt von Jugendlichen.⁴⁶ Auf den Bereich von Gewalt und Straftaten bezogen, muss konstatiert werden, dass es hier nach wie vor noch ein ausgeprägtes Ost-West Gefälle gibt.⁴⁷ In ostdeutschen Städten wie Leipzig oder im Ostteil Berlins sind nicht nur rechtsextremistische Jugendkulturen präsenter als in Städten wie Hamburg oder Frankfurt, auch die von diesen Jugendlichen ausgehende Gewalt und Kriminalität wird von Mitarbeiter/innen in der Jugendhilfe als zu bearbeitendes Problem dargestellt. Hingegen berichten die befragten Expert/innen aus den Großstädten in den alten Bundesländern übereinstimmend, dass Hasskriminalität kein großes Problem darstelle.

Neuere Studien, wie z.B. eine Untersuchung über Fremdenfeindlichkeit von Jugendlichen in Leipzig, die vom Fachbereich Sozialwesen der HTWK Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Kriminologischen Institut Niedersachsen durchgeführt worden ist, bestätigen, dass „starke Fremdenfeindlichkeit“ und „Gewaltbereitschaft“ in ostdeutschen Großstädten stärker vertreten seien als in westdeutschen Großstädten.⁴⁸ Folge hiervon ist, dass es in den ostdeutschen Großstädten Stadtteile gibt, in denen die rechtsextremistisch orientierten Jugendkulturen im öffentlichen Raum sichtbar dominieren.

Rechte Gewalt wird auch in den großstädtischen Quartieren immer noch fast ausschließlich von jungen Männern begangen. In der Wahrnehmung der Expert/innen haben Mädchen als Täterinnen mit rechtsextremem Hintergrund in den letzten Jahren allerdings zugenommen.

In diesem Kontext ist zu konstatieren, dass Mädchen und junge Frauen über unterschiedliche Möglichkeiten verfügen, sich in rechtsextremistischen Jugendgruppen zu positionieren und auch eine mit Gewaltausübung verbundene Stellung einzunehmen. In diesem Kontext ist insbesondere auf die Gruppe der weiblichen Skins zu verweisen: Skingirls und Renees⁴⁹ verhalten sich oft gewalttätig.

⁴⁵ Vgl. Forum Kriminalprävention 1/2002, Titelthema „Gewalt- und Hasskriminalität“.

⁴⁶ Bei der Fokussierung auf Jugendliche in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungen muss beachtet werden, dass es sich hierbei keinesfalls um ein „Jugendproblem“ handelt. Sowohl die Untersuchungen zu rechtsextremistischen Einstellungen in den großen Parteien als auch in den Gewerkschaften belegen die Einschätzung, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt. Vgl. u.a. R. Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000.

⁴⁷ R. Roth, Bürgernetzwerke gegen Rechts, Bonn 2003, S. 10.

⁴⁸ Forschungsbericht 2001/2002, HTWK Leipzig, FB Sozialwesen.

⁴⁹ Mädchen und Frauen aus der Skinheadszenen.

4. Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität und -gewalt

4.1 Grundlagen

Nachhaltige Präventionsarbeit in Großstädten beachtet folgende grundsätzliche Aspekte:

- Sozialraumorientierung: Der Ort, an dem Gewalt und Kriminalität von Jugendlichen auffällig werden, ist meist das Quartier, der Kiez. Deshalb sollten Präventionskonzepte, die in Großstädten erfolgreich sein wollen, hier ansetzen.
- Partizipation und Ressourcenorientierung: Das partizipative Element und die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen ist Voraussetzung für langfristig erfolgreiche Arbeit. Die Ansätze müssen an der Lebenswelt der Jugendlichen orientiert sein und ihre Ressourcen einbeziehen.
- Präventionsarbeit muss vernetzt und ressortübergreifend umgesetzt werden. Sie geht viele Bereiche an, nicht nur Polizei oder Jugendhilfe.
- Es gilt, frühzeitig zu intervenieren und gerade bei Kindern und jüngeren Jugendlichen verstärkt die Eltern einzubeziehen.
- Die Präventionskonzepte sollten zielgruppenspezifisch entwickelt und ausgestaltet sein. Hierbei gilt es, die besonderen Hintergründe, Bedürfnisse und Perspektiven der jeweiligen Zielgruppe genau in den Blick zu nehmen.
- Wichtig ist darüber hinaus ein hohes Maß an Selbstreflexion und die Bereitschaft, lieb gewonnene Denkmuster aufzugeben.

Wichtige inhaltliche Bereiche von Präventionsarbeit in Großstädten sind:

- sport- und erlebnispädagogische Angebote, da gerade in Großstädten Kindern und Jugendlichen Räume fehlen, die sie eigenständig erobern können,
- die weitere Etablierung von Konfliktlotsen-Programmen und Peer-Mediationsprojekten an Schulen und deren Ausweitung auf den außerschulischen Bereich sowie die verstärkte Einbeziehung von benachteiligten Jugendlichen,
- die praktische Einübung von Toleranz und Demokratie, orientiert an den Lebenslagen der Zielgruppe, im Sinne einer modernen politischen Bildungsarbeit,
- die verstärkte Entwicklung und Umsetzung von geschlechterdifferenten Angeboten.

Für die spezifischen Erfordernisse von Prävention unter großstädtischen Bedingungen ist dem Aspekt der Sozialraumorientierung besondere Beachtung zu schenken, also der Bezugnahme auf die konkreten Lebenslagen der Zielgruppen, dem Einbezug der jeweiligen lokalen baulichen und städteplanerischen Gegebenheiten und der Vernetzung aller themenrelevanten Akteur/innen (Polizei, öffentliche und freie Jugendhilfeträger,

Jugendgerichtshilfe, Schulen, Kitas, Projekte aus dem Suchtbereich, Ausländerorganisationen etc.).

Dabei ist nicht nur die Partizipation unterschiedlicher Träger, Institutionen und Organisationen wichtig, sondern auch die Partizipation der Zielgruppen. Gelingt es, die Zielgruppen mit den Projekten und Angeboten nicht nur zu erreichen, sondern sie an dem Prozess aktiv teilhaben zu lassen, kann daraus eine Reihe nachhaltiger Effekte entstehen, die das Klima in den großstädtischen Quartieren positiv beeinflussen. Das bedeutet für jede großstädtische Prävention, dass integrative Handlungskonzepte gefragt sind, die möglichst kleinräumig und auf die Spezifika der jeweiligen Zielgruppen ausgerichtet angelegt sind und gleichzeitig auch offene, an die Lebenswelt der Jugendlichen angepasste Prozesse ermöglichen.

So sind wichtige Voraussetzung für eine sozialraumorientierte Präventionsarbeit umfassende Analysen der Sozialräume und der potenziellen Zielgruppen. Sie bilden die Folie für die Entwicklung von Präventionsansätzen und -konzepten in Großstädten. Jede Form von Prävention kann nur dann hilfreich und vor allen Dingen nachhaltig sein, wenn sie die herausgearbeiteten Analysen beachtet, deren Erstellung folglich der erste Schritt vor der Entwicklung konkreter Maßnahmen sein sollte.

Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche präventive Arbeit liegt in der Nutzung der bisherigen Erfahrungen und Kompetenzen. Wird für weitreichende und nachhaltige Prävention immer wieder die Forderung nach Kooperation und Vernetzung – zur Nutzung der gesamtgesellschaftlich vorhandenen Ressourcen und zur Erzeugung synergetischer Effekte – erhoben, sollte diese Forderung keinesfalls nur für bestehende Konzepte und Ansätze gelten, sondern auch den Blick in die Vergangenheit nicht vernachlässigen. Mit anderen Worten gilt es auch in der Präventionsarbeit, „das Rad nicht neu zu erfinden“.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass beispielsweise in den jetzigen Aktionsprogrammen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit die Erfahrungen mit dem AgAG-Programm – in dessen Rahmen auch professionelle Standards für die präventive Arbeit mit rechten gewalttätigen Jugendlichen entwickelt worden sind – nicht aufgenommen und weiter entwickelt worden sind.

Abschließend sollte noch auf die Bedeutung von geschlechtsdifferenter Arbeit im Feld der Gewalt- und Kriminalitätsprävention hingewiesen werden. Gerade in der Arbeit mit gewaltbereiten, gewalttätigen und kriminellen männlichen Jugendlichen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass hier häufig starke männliche Persönlichkeiten ihren Platz finden, bei denen der Erfolg sozialpädagogischer Arbeit stark mit der eigenen Person des

Sozialarbeiters zusammenhängt.⁵⁰ Die Tatsache, dass es kaum geschlechterbewusste Ansätze in der Arbeit mit dieser Zielgruppe gibt, lässt vermuten, dass die Auseinandersetzung mit eigenen Bildern von Männlichkeit und Gewalt immer noch zu wenig von den in der Jugendhilfe tätigen Sozialarbeitern gesucht und geführt wird. Für die geschlechterbewusste Arbeit mit männlichen Jugendlichen bedeutet das, dass die Jugendarbeiter sich ihrer eigenen Vorstellung von Männlichkeit, ihrer Rolle in der Gesellschaft und ihrer Privilegien bewusst werden und hinterfragen, welchen Anteil Aggressions- und Gewaltbereitschaft für die Herausbildung einer männlichen Identität hat. Festzuhalten ist allerdings auch, dass viele Ansätze der Jungenarbeit mittelschichtorientiert sind und es bislang an erfolgreichen Modellen mangelt, wie sie auf die Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen zu übertragen sind.

4.2 Aufbau und Ziele von Präventionsgremien

In allen Großstädten hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sowohl ein Gremium auf Landesebene notwendig ist – zur Steuerung und Koordination der jeweiligen Präventionspolitik – als auch die Installierung von Gremien auf Stadtteilebene.

Die konkrete Strukturierung der Präventionsgremien unterscheidet sich von Stadt zu Stadt.

In Berlin fungiert seit Mitte der neunziger Jahre die Landeskommissin Berlin gegen Gewalt, als Einrichtung des Senats von Berlin. Sie besteht aus den Staatssekretär/innen der für Prävention relevanten Senatsverwaltungen und einem wissenschaftlichen Beirat. Den Vorsitz übernimmt die Senatsverwaltung für Jugend. Zur Erledigung der laufenden Arbeiten unterhält die Landeskommission eine Geschäftsstelle, die die Aktivitäten in den Stadtteilen koordiniert, das Engagement von Bürger/innen mobilisiert und auch eigene Präventionsprojekte entwickelt. Als Grundlage ihrer Arbeit kann die umfassende Untersuchung der „Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin“ gelten, die die unterschiedlichen Gewaltfelder der Stadt analysierte und Vorschläge entwickelte.⁵¹ Ähnliche Aufgaben übernimmt der Präventionsrat in Frankfurt/M., eine behördenübergreifende Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Oberbürgermeisters. In Hamburg gibt es auf Landesebene bisher kein derartiges koordinierendes Gremium, dafür jedoch den Facharbeitskreis Gewaltprävention, der sich als übergreifendes Forum von Mitarbeiter/innen aus Hamburger Behörden, Einrichtungen, Fachinstituten und Schule

⁵⁰ Vgl. u.a. C. Lüders/B. Holthusen, Rechtsorientierte und rechtsextremistische Jugendliche – eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe, in: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Jugendhilfe, Leipzig 2000.

versteht und sich die Bearbeitung von Ursachen und Erscheinungsformen von Gewalt sowie die Entwicklung adäquater Reaktionsformen zum Ziel gesetzt hat. In München ist eine Koordinierungsstelle Solidarität gegen Gewalt beim Kreisverwaltungsreferat angesiedelt. In Leipzig existiert ein Kriminalpräventiver Rat (KPR), der die Präventionsaktivitäten der Stadt koordiniert. Der KPR hat mehrere Arbeitsgruppen gegründet, u.a. auch zu Jugendgruppendedelinquenz, die die Entwicklung der aktuellen Lage besprechen und die konkreten Maßnahmen bündeln.

Gleichzeitig existieren in den meisten Städten Präventionsgremien auf Stadtteilebene. In Berlin haben mehrere Bezirke Präventionsräte entwickelt, die sich unterschiedlich zusammensetzen und verschiedene Schwerpunkte setzen. Gewalt und störendes, auffälliges Verhalten von Jugendlichen ist fast überall ein Thema. In Hamburg existieren in den jeweiligen Stadtteilen Stadtteilkonferenzen, die präventive Konzepte entwickeln und durchführen. In Frankfurt/M. bestehen Regionalräte, die an den konkreten Problemen im Stadtteil arbeiten und Konflikte im Vorfeld zu bewältigen versuchen.

Auch in den anderen bundesdeutschen Großstädten existieren vergleichbare Gremien.

4.3. Primäre Prävention

Der Bereich der primären Prävention zielt auf die allgemeinen Entstehungsbedingungen von Kriminalität. Letztlich geht es eher unspezifisch um eine allgemeine Sozialintegration, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen, den Abbau von Diskriminierungen und die Beseitigung von Kriminalitätsursachen zum Ziel hat. Dabei wird davon ausgegangen, dass umfassende Angebote sinnvoller Freizeitgestaltung, Bildung, Ausbildung und Arbeitsplatz, Förderung und Unterstützung sowie die Stärkung sozialer Kompetenzen kriminalpräventiv wirken. Dem Bereich der primären Prävention wird sowohl von der Polizei als auch von der Jugendhilfe eine besondere Wichtigkeit für die Nachhaltigkeit jeder Form von Prävention zugeschrieben

Zielgruppe der dieser Kategorie zuzuordnenden Maßnahmen und Projekte sind alle Kinder und Jugendlichen, mit dem Ziel, Bedingungen zu stützen bzw. zu schaffen, die eine zukünftige Straffälligkeit verhindern. Bei der Mehrzahl der Maßnahmen dominieren Aufklärung, z.B. durch die Polizei, und eine allgemeine Sozialintegration, z.B. Kinder- und Jugendarbeit nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Jugendhilfe hat nach diesem Gesetz einen weitgefassten Auftrag. Sie soll Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung

⁵¹ Senatsverwaltung für Inneres (Hg.), Endbericht der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung von Gewalt in Berlin, Berlin 1994.

unterstützen, in kritischen Lebenslagen begleiten, Benachteiligungen verringern und positive Lebensbedingungen fördern. Prävention ist in diesem Kontext ein zentrales Strukturprinzip.⁵² Problematisch bei dem Begriff primäre (Kriminal)prävention ist, dass somit alle Kinder und Jugendlichen als potenzielle Täter angesehen werden – ein Generalverdacht, der nicht haltbar ist.⁵³ Jede integrativ ausgerichtete Handlung kann hiernach als kriminal- oder gewaltpräventiv dargestellt werden. Auf diese Weise werden pauschal nicht nur Risikogruppen definiert, sondern sie als solche zeitgleich verdächtigt und stigmatisiert. Die Gefahr besteht, dass es aufgrund dieser weit gefassten Zielgruppe und der eher unspezifischen Zielorientierung zu einer Aufweichung und Entgrenzung des Präventionsbegriffes kommt. Auf diese Weise wird der Mythos einer gefährdeten und gefährlichen Kinder- und Jugendgeneration befördert.

Beispiele für Projekte aus dem Bereich primärer Kriminalitätsprävention sind vielfältig und in allen deutschen Großstädten verbreitet.

An erster Linie sind die vielfältigen Angebote der Jugend- und Sozialarbeit zu nennen, die Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung ihres Alltags und bei der Gestaltung ihrer Freizeit unterstützen.

Darüber hinaus sind interkulturelle und Begegnungsprojekte, die das Zusammenleben verschiedener Kulturen fördern, zu nennen. In diesen Bereich primärpräventiver Arbeit fallen auch Angebote der außerschulischen politischen Bildungsarbeit, deren häufiges Kennzeichen es ist, geschlechtsbewusst zu arbeiten.

Auch ist auf die sportorientierten Angebote von freien Trägern, Sportjugenden und Sportvereinen der Städte hinzuweisen, die offen für alle Kinder und Jugendlichen sind und Sport als ein Medium nutzen, um den jungen Menschen Möglichkeiten zur Bewegung, Körperwahrnehmung und sinnvollen Freizeitgestaltung zu geben.

Ein anschauliches Beispiel, das interkulturelle Verständigung und Sportorientierung verbindet, ist „Bunt kickt gut!“, die interkulturelle Münchener Straßenfußball-Liga: Über 1000 Kinder und Jugendliche aus über 30 Nationen finden über „das Medium Fußball und den spielerischen Wettbewerb zu Freundschaft, Toleranz, Akzeptanz und Selbstachtung.“⁵⁴

Viele der in großstädtischen Schulen umgesetzten Projekte, beispielsweise Schülermediationsprojekte, Anti-Mobbing-Maßnahmen, Soziale-Kompetenz-Trainings oder Projekte zur Verbesserung des sozialen Schulklimas können als Maßnahmen der primären

⁵² Vgl. Achter Kinder- und Jugendbericht.

⁵³ C. Lüders, Prävention und „Kinder stark machen“. Zauberworte oder fachliche Prinzipien?, in: „Bevor es zu spät ist ...“ Präventiver Kinder- und Jugendschutz in sozialen Brennpunkten, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 1999, S. 16 f.

Prävention bezeichnet werden. Im Hinblick auf Primärprävention bleibt der Sozialraum Schule für die Zielgruppe großstädtischer Jugendlicher ein zentraler Bereich für Maßnahmen, die Jugendlichen einen weniger gewalttätigen Umgang mit Konflikten vermitteln. In erster Linie sind die in den letzten Jahren zunehmend umgesetzten Peer-Mediation-Projekte und andere Konzepte, die mit dem Ansatz der Peers arbeiten, zu nennen. Diese Konzepte gehen davon aus, dass der Einfluss der Peers – also der Gleichaltrigen –, der in Bezug auf problematisches Verhalten recht offensichtlich und unbestritten ist, positiv genutzt werden soll, da Peers auch bei der Vermittlung positiver Botschaften – z.B. Gewaltverzicht oder Drogenverzicht – über größere Glaubwürdigkeit bei ihren Altersgenossen verfügen, als dies bei Erwachsenen der Fall ist. Ein umfassendes Beispiel dieses Ansatzes ist das „Buddy-Projekt“, bei dem Schüler/innen in Trainings befähigt werden, die Konflikte und Probleme an ihrer Schule eigenständig zu bewältigen. Neben der Thematik „Gewalt“ werden auch Module zu „Streit“, „Schulverweigerung“ und „Straßenkindern“ angeboten.⁵⁵

Besondere Kennzeichen dieser Programme sind, dass der für alle Schüler/innen zentrale Lebensraum Schule einbezogen wird und dass dieser Ansatz, im Gegensatz zu einer Reihe anderer präventiver Maßnahmen, meist partizipativ angelegt ist und die Ressourcen von Jugendlichen von vornherein in den Prozess einbezieht.

Schülermediationsmodelle werden in allen Großstädten angeboten, obgleich sie unterschiedlich stark verbreitet sind. Während in Berlin dieses Konzept mittlerweile sehr verbreitet ist und in einem Berliner Bezirk beispielsweise an allen interessierten Oberschulen mit Unterstützung der Bezirksverwaltung Schüler/innen zu Streitschlichter/innen ausgebildet werden,⁵⁶ haben unsere Recherchen ergeben, dass z.B. in Leipzig diese Programme erst an vier Schulen durchgeführt werden.

Leider sind Streitschlichterprojekte an Schulen trotz ihrer weiten Verbreitung nur sehr selten evaluiert worden, so dass sich über ihre gewaltpräventive Wirkung keine Aussage machen lässt. Einig sind sich alle in diesem Bereich tätigen Schulen, dass Streitschlichterprojekte persönliche Lernprozesse bei den Schüler/innen und oft auch eine positive Entwicklung der Atmosphäre an der Schule zur Folge haben.

Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich der primären Prävention sind gemeinwesenorientierte Projekte in großstädtischen Quartieren, die unter Einbeziehung der Bewohner/innen Verantwortungsgefühl und Hilfsbereitschaft stärken und somit das Miteinander-Leben im Stadtteil verbessern. Kennzeichen dieser Projekte stellen oft partizipative Verfahren für eine

⁵⁴ Aus der Selbstdarstellung des Projektes auf www.buntkicktgut.de

⁵⁵ Vgl. Gemeinsam sind wir besser! Lehren durch Helfen und Fördern. Das Buddy-Projekt. Ein Handbuch für Lehrer, Düsseldorf 2001.

⁵⁶ S. Behn/M. Brandl, Mediationsprojekte in Berlin, Berlin 2002.

intergenerative Aktivierung der Bewohner/innen dar. So werden häufig in sogenannten sozialen Brennpunkten oder „Stadtteilen mit einem besonderen Entwicklungsbedarf“ primärpräventive Maßnahmen vom Quartiersmanagement oder Stadtteilmanagement initiiert.⁵⁷ Basis dieses Vorgehens ist die Überzeugung, dass Ausgangspunkt von präventiven Aktivitäten das Quartier sein muss. Innerhalb eines solchen Nahraumes treten die Problem- und Konfliktlagen auf, die das Lebensgefühl der Bewohner/innen beeinträchtigen, und hier finden sich auch die Personen, mit denen gemeinsam entsprechende Bewältigungsstrategien entwickelt werden können. Grundannahme ist, dass eine Verbesserung der Kommunikation im Stadtteil und eine Identifikation mit dem Kiez präventive Wirkung im Bereich von Gewalt und Kriminalität haben.

Im Bereich der primären Prävention sind auch Angebote und Maßnahmen der Polizei mittlerweile weit verbreitet. Zu ihnen zählen z.B. Anti-Gewalt-Trainings, die in Schulen oder Jugendeinrichtungen durchgeführt werden, und Verhaltenstrainings, die Jugendlichen Wege aufzeigen, wie sie sich in bedrohlichen Situationen verhalten können und vermeiden, Opfer zu werden. Gerade im Bereich der Aufklärung ist Polizei sehr aktiv und hat auch eigene Symbole entwickelt. So soll Poldi, eine „sogenannte Sympathiefigur der sächsischen Polizei, ... Prävention für Grundschüler zu folgenden Themen erleichtert vermitteln: sexueller Missbrauch, Verhalten gegenüber Fremden, Brandstiftung, Ladendiebstahl, Gewalt“.⁵⁸

4.4 Sekundäre Prävention

Ansätze, die der sekundären Prävention zuzuordnen sind, nehmen im Rahmen des Diskurses über Jugendkriminalitätsprävention eine zentrale Rolle ein. Hier zuzuordnende Angebote richten sich an auffällige und/oder sozial gefährdete Kinder und Jugendliche, also an spezifische Zielgruppen. Dazu gehören Kinder und Jugendliche, die sozial, schulisch, familiär und/oder ökonomisch gegenüber Gleichaltrigen benachteiligt sind, und Jugendliche, deren berufliche und somit auch soziale Integration von deutlichen Brüchen gekennzeichnet ist und die somit gefährdet sind, kriminell zu werden. Diese eindeutigere Definition der Zielgruppen bietet die Chance, klare Zielsetzungen und zielgerichtete Handlungsstrategien zu entwickeln, die sich auf die Veränderung konkreter Verhaltensweisen und auf den Abbau der spezifischen Benachteiligungen richten. Hier gilt es folglich, differenzierte Konzepte für die spezifischen Zielgruppen zu entwickeln. Ansätze der sekundären Prävention in Großstädten sind neben einer genauen und differenzierten Zielgruppendefinition in den meisten Fällen – aber nicht immer – sozialräumlich ausgerichtet.

⁵⁷ Vgl. z.B. die Dokumentation des Preises Soziale Stadt, Berlin 2002.

Zu den Maßnahmen, die der sekundären Prävention zuzuordnen sind, zählen u.a. die vielen Projekte der Jugend- und Jugendsozialarbeit, die sich an auffällige und/oder gewaltbereite Jugendliche richten und die Angebote zur sinnvollen Freizeitgestaltung machen, die Jugendliche bei der Veränderung problematischer Verhaltensweisen unterstützen und ihnen bei der gesellschaftlichen Integration behilflich sind.

Auch im Rahmen der polizeilichen Arbeit nehmen sekundärpräventive Ansätze eine wichtige Rolle ein. Ein Beispiel hierfür sind die „normenverdeutlichenden Gespräche“ der Hamburger Polizei. Zielgruppe sind hier Jugendliche, die erstmalig als delinquent registriert worden sind. Der jeweilige Jugendliche – in Hamburg handelt es sich wie auch in den anderen Großstädten in der Regel um männliche Jugendliche – wird von einem Jugendbeamten des Stadtteils aufgesucht und es wird mit ihm und seinen Eltern ein längeres Gespräch geführt. Zweck dieser „normenverdeutlichenden Gespräche“ ist es u.a., den Jugendlichen in seinem Verhalten ernst zu nehmen, die Reflexion über sein Verhalten zu fördern und seine Verantwortungsbereitschaft zu stärken. Darüber hinaus erhält der Jugendliche und seine Eltern von dem Polizeibeamten Informationen über Hilfs- und Beratungsangebote. Ähnliche Maßnahmen existieren auch in anderen deutschen Großstädten.

Im folgenden soll auf zentrale Felder der sekundären Prävention näher eingegangen werden.

Sozialraumorientierte Arbeit mit auffälligen Jugendlichen

Zielgruppen der Projekte, die in diesem Feld arbeiten, sind meist Jugendliche, die durch ihre Gewaltbereitschaft oder tatsächliche Gewalttätigkeit auffallen und über kurz oder lang gefährdet sind, straffällig zu werden. Die meisten dieser Projekte gehen von einem akzeptierenden Ansatz aus, d.h. sie akzeptieren den Jugendlichen als Person, als Mensch, lehnen jedoch seine gewalttätigen Verhaltensweisen ab. Sie kritisieren sein Fehlverhalten – also beispielsweise die Ausübung von Gewalt – und konfrontieren ihn mit den eigenen Verhaltensweisen und Einstellungen, zwingen ihn somit zur Auseinandersetzung. Ziel ist also, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie stehen – aber sie nicht dort stehen zu lassen, sondern sich mit ihrem gewalttätigen Verhalten auseinanderzusetzen und ihnen Alternativen aufzuzeigen.

Vom Ansatz her finden sich in diesem Bereich viele sozialraumorientierte Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, die zum Teil hinausreichend und aufsuchend arbeiten, um ihre Zielgruppe zu erreichen, aber auch Projekte, die den Schwerpunkt auf Streetwork legen und in einem zweiten Schritt gemeinsam mit den Jugendlichen niedrigschwellige Anlaufstationen

⁵⁸ Vgl. P. Krevt/C. Metzner, Sicherheit in der Großstadt – heute und morgen, Steinfurt 2002, S. 97.

und Treffpunkte vor Ort schaffen. Diese werden oft teilweise von den Jugendlichen selbst verwaltet, um deren Verantwortungsbewusstsein zu stärken.

Im Rahmen der pädagogischen Arbeit werden mit den Jugendlichen verschiedene Angebote entwickelt und umgesetzt, die zum einen auf eine sinnvolle Freizeitgestaltung abzielen, zum anderen an den Einstellungen und Verhaltensweisen der Jugendlichen ansetzen, um hier Veränderungen zu bewirken. Ziel ist, neue Erfahrungen zu ermöglichen und somit Verhaltensvielfalt zu erreichen. Denn gewaltbereite Jugendliche leben häufig in zwanghaften, eindimensionalen Verhaltensmustern, die sich in angelernten, festgeschriebenen Rollen manifestieren, und reagieren auf bestimmte Situationen und Reize stets mit den gleichen Verhaltensmustern. Hier ist es die Aufgabe von sozialer Arbeit, den Jugendlichen neue Erfahrungen zu verschaffen und ihnen Räume zur Verfügung zu stellen, in denen sie neues Verhalten „ausprobieren“ können.

Zielgruppe dieser Projekte sind z.B. oft Jugendliche mit Migrationshintergrund, also Jugendliche ausländischer Herkunft oder Aussiedlerjugendliche. Wie oben bereits skizziert, gehören Desintegrationserfahrungen zum Alltag von Jugendlichen ausländischer Herkunft und von Aussiedlerjugendlichen. Die tradierten Familienbindungen werden brüchiger, es treten jedoch kaum stabilisierende Beziehungen an ihre Stelle. Der Zusammenhalt, den jugendliche Cliques ihren Mitgliedern bieten, stellt möglicherweise einen Ersatz für sich auflösende Zusammenhänge dar. Rückzug, Abkapselung und Rückgriffe auf tradierte Werte und die „eigene“ Kultur, ein verstärkter Hang zu fundamentalistischen Einstellungen, aber auch Aggressivität sowie Gewalt- und Dominanzverhalten können als Reaktionen auf Marginalisierung und Benachteiligung verstanden werden. Unbestritten ist, dass nur ein Teil dieser Jugendlichen zu auffälligem und gewalttätigem Verhalten neigt. Allerdings lässt sich eine zunehmende Stigmatisierung feststellen, die sich beispielsweise darin zeigt, dass türkische und arabische männliche Jugendliche oder Aussiedlerjugendliche in der Öffentlichkeit das Image haben, aggressiv, dominant und machohaft zu sein. So unterschiedlich die beiden genannten Kulturkreise auch sind, stellen in beiden Gewalt- und Dominanzverhalten sowie offensiv zur Schau getragene Männlichkeitswerte Normen und Verhaltensweisen dar, die konträr zu den Regeln der deutschen Mehrheitsgesellschaft stehen.

Vor diesem Hintergrund sind in den letzten Jahren verstärkt sozialraumorientierte Projekte entwickelt worden, die mit Jugendlichen ausländischer Herkunft oder mit Aussiedlerjugendlichen arbeiten. Ansatzpunkte für die pädagogische Arbeit mit diesen schwierigen Zielgruppen sind

- Kenntnisse über die kulturellen Hintergründe der Jugendlichen bei den Pädagog/innen
- Angebote zur Erhöhung der Sprachkompetenz der Jugendlichen

- Ansetzen an den Fähigkeiten der Jugendlichen und diese als Kompetenzen werten. Das gilt insbesondere für die Sprache: hier gilt es, die Kenntnisse der Jugendlichen in türkisch oder russisch oder anderen Sprachen aufzuwerten und den Gebrauch ihrer Muttersprache nicht zu diskriminieren, sondern institutionell zu ermöglichen, z.B. in der Schule.
- Nutzen, dass familiäre Strukturen und Bindungen in der Sozialisation von Jugendlichen ausländischer Herkunft und Aussiedlern eine wichtige Rolle einnehmen, d.h. Eltern im Rahmen der Jugendarbeit in die Alltagspraxis einbeziehen
- Erarbeitung von Konzepten der Konfliktbearbeitung und Mediation, die speziell auf die Problematik unterschiedlicher Ethnien zugeschnitten sind und die unterschiedlichen Nationalitäten/Wertvorstellungen berücksichtigen

Entsprechende Projekte finden sich in allen deutschen Großstädten, sowohl in der Straßensozialarbeit als auch in der Offenen Jugendarbeit.⁵⁹

Brennpunktarbeit und sozialraumübergreifende Arbeit mit bestimmten Zielgruppen

Gerade im Bereich der Straßensozialarbeit in Großstädten wird auch an zentralen Orten, die als Treffpunkte für bestimmte gefährdete oder auffällige Kinder- und Jugendgruppen gelten, gearbeitet, beispielsweise an Bahnhöfen, auf dem Straßenstrich oder an den szenebekannteren Drogenumschlagplätzen. Spezielle Zielgruppen sind hier meist drogenabhängige Kinder und Jugendliche oder Straßenkinder, die als potenziell kriminell gefährdet angesehen werden. Beispiel für ein solches Projekt ist KIDS in Hamburg, das am Hauptbahnhof Streetwork betreibt und eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche aus der Bahnhofszene darstellt, die konkrete Hilfe, Beratung und Weitervermittlung anbietet.

Eine Zielgruppe, die im Bereich Gewalt- und Kriminalitätsprävention eine besondere Rolle spielt, sind Fußballfans, die entweder durch Gewaltverhalten auffallen oder durch ihre deutliche Zugehörigkeit zur Jugendkultur der Fans als potenziell gewalttätig gelten. Wenngleich Fußball und Fußballfanwesen sicherlich nicht nur für Städte typisch sind, so ist die präventive Arbeit mit Fans vornehmlich in den Großstädten anzutreffen, allein aus dem Grund, dass die Mehrzahl der Vereine der ersten Bundesliga in Großstädten angesiedelt ist und sich hier folglich auch die Fans konzentrieren. In diesem Feld sind seit Ende der achtziger Jahre Fan-Projekte aktiv. Fan-Projekte wurden und werden gerne unter den konjunkturellen Schwankungen von Gewalterscheinungen („Randale“) beim Fußball als mehr

⁵⁹ Vgl. z.B. die Beschreibung der Offenen Jugendarbeit in Berlin-Marzahn in Kapitel 7.

oder weniger probates Präventions- oder Interventionsmodell eingesetzt bzw. angesehen. Seit einigen Jahren hat sich allerdings verstärkt die Erkenntnis durchgesetzt, dass allein mit repressiven Maßnahmen die Problematik gewalttätigen Verhaltens jugendlicher Cliquen beim Fußballsport kaum bewältigt werden kann, sondern dass es hierzu professioneller sozialpädagogischer Arbeit bedarf. Um hier präventiv tätig zu werden, bauen die Fan-Projekte Kontakte zu den Fanszenen auf, begleiten sie zu den Spielen „ihrer“ Mannschaft und können somit bei eskalierenden Auseinandersetzungen intervenieren. Sie vermitteln zwischen den jugendlichen Fans und der Polizei, den Stadionbetreibern, den anderen Zuschauern. Fan-Projekte veranstalten Begegnungen verschiedener, auch „verfeindeter“ Fangruppen und versuchen auf diese Art und Weise, die Gefahr von Auseinandersetzungen im Stadion zu verringern. Fan-Projekte können diejenigen, die kurz davor sind, sich durch gewalttätiges Verhalten die Zukunft zu verbauen, oft noch – als letzte Institution – erreichen und Hilfe bieten, um eine kriminelle Karriere zu verhindern. Inzwischen ist Konsens, dass der Ansatz der Fan-Projekt-Arbeit geeignet ist, vor allem Mitgliedern jugendlicher Problemgruppen bei der Bewältigung ihrer Schwierigkeiten zu helfen und sie vor abweichendem Verhalten zu bewahren. Dieses Feld sozialer Arbeit zeichnet sich durch eine gute Vernetzung und die Entwicklung von bundesweit anerkannten Standards aus.⁶⁰

Ein weiteres, völlig anders gelagertes wichtiges Tätigkeitsfeld sind Projekte, die sich an Schulschwänzer oder Schulverweigerer richten.

Häufiges Schulschwänzen ist ein Problem, das sich vor allem in Großstädten stellt. In den letzten Jahren sind in regelmäßigen Abständen Zahlen veröffentlicht worden, die Handlungsbedarf in diesem Feld signalisierten. Allerdings ist festzuhalten, dass Schulschwänzen oft nur eine kurze Phase darstellt, in der sich die betreffenden Schüler/innen eine „Auszeit“ nehmen. Erst wenn sich das bewusste Fernbleiben von der Schule über einen längeren Zeitraum erstreckt, wird von Schulverweigerung gesprochen.

Ausgehend von einem angenommenen – allerdings nicht belegten – Zusammenhang zwischen Schulschwänzen und späterer Kriminalität sind unterschiedliche Reaktions- und Präventionsmodelle entwickelt worden. In einigen Städten, z.B. München, nimmt die Polizei eine zentrale Rolle ein, indem geschulte Jugendbeamt/innen Kinder und Jugendliche aufgreifen, z.B. in Kaufhäusern, und zur Schule zurückbringen. Diese Linie ist allerdings umstritten. Andere Ansätze versuchen hingegen, den Schulschwänzern die Rückkehr ins Schulleben zu ermöglichen. Wie die Erfahrungen von Projekten wie z.B. „Take off“ in Leipzig, KidZ 3 in Bremen oder die Schulwerkstätten in Köln zeigen, gilt es, Hilfestellung in den meist schwierigen Lebenslagen der Jugendlichen zu leisten und durch andere Lernmodelle, z.B. Projektunterricht und Praktika, wieder die Lust am Lernen zu fördern. So können auch

⁶⁰ Vgl. die Veröffentlichungen der Koordinationsstelle Fan-Projekte bei der Deutschen Sportjugend (KOS).

Jugendliche erreicht und gefördert werden, die klare Wissensdefizite durch ihre lange Abwesenheit vom Unterricht haben, aber bereit sind, wieder am Unterricht teilzunehmen.

Quartiersarbeit in sozialen Brennpunkten

Im Rahmen quartiersbezogener Arbeit⁶¹ werden zum Beispiel in einem Stadtteil Räume für unterschiedliche, auch „verfeindete“ Jugendszenen bereitgestellt⁶² und schrittweise in die Verantwortung der Jugendlichen übergeben. Oder es werden Maßnahmen umgesetzt, die den öffentlichen Raum betreffen. Das können Straßen- und Hoffeste sein oder sogenannte Platzbespielungen, in deren Rahmen auf einem zentralen Platz ein Veranstaltungsprogramm mit Aktivitäten und Spielen umgesetzt wird, das sich übergreifend an die verschiedenen dort lebenden Generationen und Ethnien richtet und somit ein Miteinander-in-Kontakt-Treten bewirken soll. Öffentliche Plätze, die Gefahr laufen, Angsträume zu werden, können somit den Bewohner/innen des Viertels wieder näher gebracht werden.⁶³

Auf einen konkreten Ansatz von quartiersbezogener Brennpunktarbeit soll im Folgenden näher eingegangen werden: Über eine besondere Attraktivität verfügen sportbezogene und körperorientierte Angebote, wie Streetball, Straßenfußballturniere oder Mitternachtssport für Jugendliche unterschiedlicher Ethnien. Das gilt insbesondere für Großstädte, da hier das jugendliche Bedürfnis nach Bewegung und Sport aufgrund der räumlichen Gegebenheiten meist nur schwer ausgelebt werden kann. So ist auch nicht verwunderlich, dass es eine Großstadt war – Köln –, die in den neunziger Jahren die ersten Mitternachtsbasketballveranstaltungen organisierte. Heute werden in den meisten Städten unterschiedliche Mitternachtssportangebote gemacht. Besonders in den nordrhein-westfälischen Städten sind entsprechende Angebote inzwischen fest etabliert: Im Rahmen der Kampagne „Respect“ von Landesministerium, Sportjugend und Basketball-Verband sind mehrere Events durchgeführt worden und werden Jugendeinrichtungen, Schulen und Vereine bei der Durchführung von Mitternachtsbasketballveranstaltungen und Streetballturnieren unterstützt.⁶⁴ In Hannover entstand Mitternachtssport als direkte Antwort auf Probleme, die sich in einem sozialen Brennpunkt der Stadt ergeben hatten. Durch ein Mitternachtssportangebot sollten die Jugendlichen „von der Straße geholt werden“, und aufgrund der guten Erfahrungen werden seitdem an allen sozialen Brennpunkten der Stadt regelmäßig Mitternachtssportangebote durchgeführt.

⁶¹ Bei vielen Projekten aus diesem Bereich ist die Abgrenzung zur primären Prävention nicht trennscharf.

⁶² Vgl. R. Koch/ S.Behn, Gewaltbereite Jugendkulturen. Theorie und Praxis sozialpädagogischer Gewaltarbeit, Weinheim 1997, S. 175 ff.

⁶³ Vgl. beispielsweise S. Behn/H. de Vries, Das Modellprojekt „Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention“, Berlin 1999, S. 121 f.

⁶⁴Vgl. Respect. Night-Events in NRW. Leifaden für MacherInnen, Duisburg 2002.

Für eine direkt gewaltpräventive Wirkung von Sportangeboten gibt es keine Belege. Viele Projekte, die auf Basis sportpädagogischer Ansätzen arbeiten – wie das Angebot „Mitternachtssport“ in Hannover, regelmäßig durchgeführt vom Sportkoordinator im Jugendamt, oder die Sportjugendclubs in Berlin –, zeigen jedoch, dass Sport ein gutes Medium sein kann, um Zugang zu auffälligen Jugendlichen zu erreichen. Wird im Rahmen der Sportangebote der Sozialraumbezug zu den Stadtteilen hergestellt, so dass die Jugendlichen aus dem Kiez nach den Events die Möglichkeit haben, mit Mitarbeiter/innen der Jugendhilfe in Kontakt zu treten, sind gute Bedingungen für Nachhaltigkeit gegeben.⁶⁵

Trainings für bestimmte Zielgruppen

Speziell ausgerichtete Trainings werden in der Beschreibung von Maßnahmen aus dem sekundärpräventiven Bereich häufiger erwähnt. In den letzten Jahren sind mehrere Trainingskonzepte entwickelt worden, die sich an Jugendliche richten, die durch gewalttätiges oder delinquentes Verhalten auffällig werden und Gefahr laufen, kriminell zu werden. Ein Beispiel hierfür sind die sogenannten Coolness-Trainings oder Anti-Aggressions-Trainings, die im Rahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit angeboten werden.

Die Teilnahme an einem solchen Training oder Workshop fungiert häufig als „Türöffner“. Für die Nachhaltigkeit derartiger sekundärpräventiver Maßnahmen ist meist entscheidend, wie gut diese Einzelmaßnahme mit anderen Projekten und Trägern vernetzt ist und inwieweit der Transfer in den Alltag unterstützt werden kann. Hierfür ist eine sozialräumliche Orientierung notwendig, um für die Jugendlichen ein kontinuierliches unterstützendes Umfeld auch nach Ende des Trainings zu schaffen.

So nehmen im Rahmen der präventiven Arbeit der Hamburger Stadtteilkonferenzen gefährdete Jugendliche an geschlechterbewussten Anti-Gewalt-Workshops teil und können danach unterschiedliche Angebote der Jugendhilfe u.a. in Anspruch nehmen.

Coolness-Trainings wurden u.a. in Frankfurt/M. im Rahmen eines Projektes der Caritas umgesetzt und weiterentwickelt. Coolness-Trainings beziehen stark konfrontative Ansätze in ihre Arbeit mit ein und legen großen Wert auf eine deutliche Grenzsetzung. Oft sind Bewegungs- und Sportübungen in das Programm mit aufgenommen, wie beispielsweise Kart-Racing in dem oben genannten Projekt.⁶⁶

Seit einigen Jahren werden auch Anti-Aggressivitäts-Trainings, die ursprünglich für den Strafvollzug entwickelt wurden und oft im Rahmen Ambulanter Maßnahmen umgesetzt

⁶⁵ Vgl. die Aufsätze von Gunter Pilz, insb.: Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen körper- und bewegungsbezogener Sozialer Arbeit am Beispiel der Gewalt und Gewaltprävention im, um und durch den Sport; Mitternachtssport: Medienwirksames Spektakel oder Beitrag zur Gewaltprävention, beide in: Sport und Soziale Arbeit: Wahrnehmen – Bewegen – Verändern, Hannover 2002.

werden, ohne gerichtliche Weisung angeboten. Ein Beispiel hierfür ist das Training „GAG - Was ist geiler als Gewalt?“ des Projektes PAM des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin, das das klassische Anti-Aggressivitäts-Training mit Methoden der Streitschlichtung und Mediation kombiniert und sich explizit an Jugendliche richtet, die über ein Mindestmaß an Eigenmotivation verfügen.⁶⁷

4.5 Tertiäre Prävention

Tertiäre Prävention richtet sich an Jugendliche, die bereits Straftaten begangen haben. Die Zielsetzung ist eindeutig: Es geht darum, erneute Straffälligkeit zu verhindern, also Rückfälle zu vermeiden und somit die Re-Integration in die Gesellschaft zu erreichen. In der tertiären Prävention ist neben der Jugendhilfe immer auch die Justiz involviert, so dass der Frage der Kooperation eine besondere Bedeutung zukommt.

Ein großer Teil der Projekte in diesem Bereich sind Ambulante Maßnahmen, die statt und vor freiheitsentziehenden Maßnahmen durchgeführt werden. Aufgrund der bekannten negativen Folgen von Arreststrafen gewannen die ambulanten Maßnahmen, die unter dem Leitsatz „Hilfe statt Strafe“ entwickelt wurden, als Alternative in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Die ambulanten Maßnahmen stellen also keine Ergänzung der stationären Sanktionen dar, sondern sollen diese ersetzen. Sie richten sich an Jugendliche, die ansonsten von Inhaftierung bedroht wären. Konkret handelt es sich um Weisungen und Auflagen, die nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) verhängt werden und in der Praxis Betreuungsweisungen, soziale Trainingskurse, Arbeitsleistungen und Täter-Opfer-Ausgleich umfassen. Die Mehrzahl der Maßnahmen ist naturgemäß nicht freiwillig, da bei Verweigerung von Seiten der Jugendlichen der Jugendarrest droht.

Soziale Trainingskurse

Hier zeigt sich die Vielfalt der Angebote besonders deutlich. Inhalte und Rahmenbedingungen sind sehr heterogen. So setzen manche Projekte den Schwerpunkt auf die konkrete Auseinandersetzung mit Gewaltbereitschaft (z.B. Anti-Gewalt-Trainings, Anti-Aggressions-Trainings), andere eher auf erlebnispädagogische Angebote, wie z.B. Rückenwind in Hamburg. Bei diesem Ansatz werden durch die Teilnahme an sportpädagogischen Maßnahmen, die im Projekt und auf mehrtägigen Gruppenfahrten durchgeführt werden, körperliche Fitness gesteigert und vor allem sozialverträgliche Verhaltensweisen eingeübt. Projekte, die sich gleichzeitig an straffällige und nicht straffällige

⁶⁶ S. Schanzenbächer/J. Weidner, Sich den Frust von der Seele „racen“, in: deutsche jugend 6/1997.

⁶⁷ K. Grieger/M. Schroer, GAG – Was ist geiler als Gewalt? Anti-Aggressions-Trainings für gewaltbereite Jugendliche. Evaluation eines Modellprojekts, Berlin 2002.

Jugendliche richten und damit eine integrative Wirkung haben (können), sind die Ausnahme. Einige der Projekte sind speziell auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten, z.B. auf Jugendliche nichtdeutscher Herkunft wie das Angebot der Integrationshilfe Berlin.

Täter-Opfer-Ausgleich / Diversion

Seit 1990 ist der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) entweder als Diversionsgrund oder als Weisung vorgesehen. In der Praxis wird er nahezu ausnahmslos als Diversionsmaßnahme durchgeführt. Der TOA ist die soziale Befriedung zwischen Täter und Opfer sowohl im ideellen als auch im materiellen Bereich. Gelingt er, wird ein gegenseitiges Verständnis zwischen Täter und Opfer erreicht, nicht im Sinne des Ungeschehenmachens der Tat, sondern indem z.B. Wiedergutmachungsleistungen vereinbart und Perspektiven für den Täter und/oder für das Verhältnis zwischen Täter und Opfer entwickelt werden. Erfahrungen von großstädtischen Trägern, die den TOA anbieten, sind überwiegend positiv (so z.B. Waage e.V. in Köln, Integrationshilfe e.V. in Berlin, Jugendberatungsstelle des Jugendhaus Leipzig e.V., Brücke e.V. in München). Aus den meisten Städten wird ein Anstieg der TOA-Verfahren berichtet, so beispielsweise einen Anstieg von 159 Verfahren im Jahr 1999 auf 211 Verfahren im Jahr 2000 (nur Jugendstrafrecht) für die Stadt München.⁶⁸

Die praktische Relevanz des TOA ist laut Matzke allerdings trotz der vielfach berichteten positiven Erfahrungen mit ihm und trotz seiner kriminologischen Bedeutung bundesweit insgesamt als spärlich zu bezeichnen, da nur in zwei bis drei Prozent aller anklagefähigen Straftaten ein TOA eingeleitet und versucht werde.⁶⁹ Allerdings sei bei der Bewertung dieser äußerst geringen Anteile zu berücksichtigen, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von grundsätzlich TOA-geeigneten Verfahren im sonstigen Diversionswege ihre Erledigung finde. Darüber hinaus dürfen auch nicht die Grenzen von TOA-Ausgleichsmaßnahmen übersehen werden.

Ein wegweisendes Projekt im Divisionsbereich stellt das Berliner Büro für Divisionsberatung und -vermittlung dar. Eine Möglichkeit der Diversion, die in Berlin früher kaum genutzt wurde, ist die Einstellung des Verfahrens bei jugendlichen Straftätern, wenn eine erzieherische Maßnahme als Reaktion bereits stattgefunden hat oder eingeleitet wurde. Nun bietet das Büro für Divisionsberatung und -vermittlung für festgenommene Jugendliche eine freiwillige Beratung an. Die Divisionsmittler haben ihre Büros direkt in den Polizeidirektionen. Sie überlegen gemeinsam mit dem Jugendlichen, was er tun kann, um eine Einstellung des Verfahrens zu erreichen. In ein bis drei Kontakten innerhalb von 10

⁶⁸ Erklärung des Bayerischen Justizministeriums vom 4.6.2001.

⁶⁹ M. Matzke, Täter-Opfer-Ausgleich, in: Infoblatt Nr. 8 der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei Berlin, Berlin 1999.

Tagen führen die Diversionen erzieherische Maßnahmen entweder selbst durch oder leiten sie ein.

Angebote für Jugendliche im Strafvollzug oder Haftentlassene

Auch zum Bereich der tertiären Prävention zählen pädagogische Angebote, die sich an Jugendliche richten, die in Arrest oder Haft sind, und Maßnahmen, die unmittelbar nach der Entlassung aus der Haft umgesetzt werden. Die Ansätze, die innerhalb des Strafvollzugs arbeiten, lassen sich folgendermaßen unterteilen:

- Angebote, die direkt an der Straftat bzw. an deren Ursachen ansetzen, z.B. Anti-Aggressions-Trainings, in denen die jugendlichen Täter sich mit ihrer Tat auseinandersetzen und neue Verhaltensweisen erproben sollen. Ein Beispiel hierfür sind die Anti-Aggressions-Trainings in der Jugendstrafanstalt Berlin-Tegel oder die Trainings des Münchner Trägers Change, die interkulturelle Verständigung und die Entwicklung kreativer Konfliktlösungsmodelle zum Ziel haben.
- Maßnahmen, die an den Problemen anknüpfen, die sehr oft bei jugendlichen Straftätern festzustellen sind, z.B. psychotherapeutisch ausgerichtete Projekte,
- Projekte, die eine sinnvolle Freizeitgestaltung innerhalb des Strafvollzugs anregen wollen und sportliche oder künstlerische Freizeitbeschäftigungen anbieten.

Maßnahmen, die nach Ende der Haft ansetzen, haben vor allem die soziale und berufliche (Re-)Integration der Jugendlichen zum Ziel und geben konkrete Hilfestellung bei der Bewältigung des Alltags und dem Aufbau einer Perspektive.

4.6 Exkurs: Graffiti

Graffiti ist ein Feld von Präventionsarbeit, das in nahezu allen Großstädten eine wichtige Rolle einnimmt. Der Themenkomplex Graffiti-Prävention lässt sich nur schwer unter einen der Bereiche primäre, sekundäre und tertiäre Prävention einordnen, da meist unterschiedliche Strategien umgesetzt werden, die sich an verschiedene Zielgruppen richten. Beispielhaft kann in diesem Zusammenhang der Berliner „Aktionsplan Graffiti“⁷⁰ gelten, der ein ressortübergreifendes Präventionsmodell darstellt, das unter Beteiligung von mehreren Senatsverwaltungen, Polizei, Lehrerfortbildungsinstituten und in der Jugendhilfe tätigen Trägern entwickelt wurde.

Der Aktionsplan setzt sich zum Ziel, illegales Bemalen und Besprühen von freien Flächen zu verringern, legale Möglichkeiten für Graffiti zu schaffen und das allgemeine Verständnis für

⁷⁰ Berliner Aktionsplan Graffiti, hrsg. von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt.

diese Jugendkultur zu erhöhen. Im Rahmen des Aktionsplanes wird eine Differenzierung der Zielgruppen vorgenommen: der „Kern“ der Szene, für den Graffiti zum „Way of Life“ geworden ist; eine größere Gruppe, die bemalt und besprüht und letztlich zur echten Sprayer-Szene dazugehören möchte; und diejenigen Jugendlichen, die sich der Graffiti-Szene verbunden fühlen, die aber selten wenig oder gar nicht sprayen.

Diesen Zielen und Zielgruppen entsprechend, enthält der Aktionsplan mehrere Elemente, so z.B.:

- Förderung von Graffitiprojekten in Jugendeinrichtungen,
- Bereitstellung von Flächen für Sprayer,
- Durchführung von Graffiti-Ausstellungen, um dessen Akzeptanz zu fördern,
- Aufklärung von Jugendlichen und Eltern über den Straftatbestand von Spraying, um bei Jugendlichen Einsicht zu fördern und möglicherweise eine Verhaltensänderung zu erreichen, und Erstellung von entsprechenden Flyern,
- Konsequente Reaktionen der Schulen auf „Tags“ und besprühte Flächen,
- Einbeziehung von Jugendlichen in die Beseitigung von „Tags“ und auch strafrechtliche Reaktionen mit den Leitlinien Schadenswiedergutmachung und Ausgleich mit den Geschädigten (z.B. durch Arbeitsleistungen der Jugendlichen),
- Einrichtung eines Opferfonds Graffiti.

Dieser Aktionsplan zeigt, wie wichtig ein koordiniertes Vorgehen in der Präventionsarbeit ist. Auch wenn mögliche Erfolge im primären Bereich nicht zu beurteilen sind, so zeigt sich z.B., dass das Wiedergutmachungsprojekt von den „erwischten“ Jugendlichen gut angenommen wird. Laut Aussagen der Senatsverwaltung seien viele Jugendliche bereit, für die von ihnen begangenen Schäden einzustehen.

Ähnliche Vorgehensweisen gegen Graffiti finden sich auch in den anderen Großstädten (z.B. das Aktionsbündnis zwischen Polizeidirektion, Stadt und Staatsanwaltschaft in Leipzig oder die Kölner Anti-Spray-Aktion“ (KASA)) – wenn auch nicht immer in einem solchen ressortübergreifenden Modell wie in Berlin –, mit dem Ziel, den Nachwuchs der Sprayerszene aus dem illegalen in den legalen Bereich zu holen und dem „harten Kern“ eher repressiv zu begegnen.

4.7 Präventionsansätze in der Arbeit mit delinquenten Kindern

Die Gruppe der strafunmündigen Kinder war lange Zeit kein Thema für die Jugendhilfe. Auch hier gerieten Jugendhilfe und Schule vor dem Hintergrund der medialen Berichterstattung über einzelne kriminelle und gewalttätige Kinder unter Druck. Entsprechend sind in den letzten Jahren besonders in Großstädten Projekte ins Leben gerufen worden, die sich an Kinder richten, die durch Gewalt und Delinquenzverhalten aufgefallen sind und sich meist in schwierigen Lebenslagen befinden.

Grundsätzlich gilt auch hier, dass differenzierte und an den Lebenswelten der jeweiligen Kinder orientierte Angebote von Seiten der Jugendhilfe gemacht werden (müssen). Eine wichtige Rolle nehmen in diesem Zusammenhang Angebote zur Erlernung sozialer und kommunikativer Strategien und zur Verbesserung des Selbstwertgefühls ein. Hier kann in den meisten Großstädten mittlerweile auf eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote zurückgegriffen werden, die sowohl in den Grundschulen als teilweise auch in Kitas und Horten umgesetzt werden, z.B. Streitschlichtertrainings. Hier wird dem Rechnung getragen, dass Peer groups bereits im Kinderalter von besonderer Wichtigkeit sind und über ein großes Einflusspotenzial verfügen.

Darüber hinaus stellt die Straßensozialarbeit, wie sie mittlerweile in den meisten Großstädten praktiziert wird, auch eine wichtige Ressource in der Arbeit mit gewalttätigen und delinquenten Kindern dar. Beispielsweise richtet sich die Straßensozialarbeit des Jugendamtes Leipzig explizit auch an Kinder. Die Erfahrungen weiterer sozialpädagogischer Angebote für diese Zielgruppe in Großstädten (z.B. Fallschirm in Berlin, Escape in Leipzig oder die katholische Jugendfürsorge im Hasenberg in München) zeigen darüber hinaus auf, dass neben einer besseren sozialräumlichen Vernetzung auch Änderungen in der Integrationspolitik notwendig sind – letzteres vor dem Hintergrund, dass bei der Gruppe der delinquenten und durch Gewalt auffallenden Kinder in den Großstädten der alten Bundesländer nicht-deutsche Kinder einen hohen Anteil ausmachen. Häufig wird deren ohnehin prekäre soziale Lebenswelt durch einen ungesicherten Aufenthaltsstatus zusätzlich extrem belastet.

Die sozialpädagogischen Erfahrungen vieler Projekte bestätigen die grundsätzliche Forderung nach der Aufwertung von Elternarbeit. Gerade (wenn auch nicht nur) in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft muss die Einbeziehung der Familien zentraler Bestandteil jeder Form von präventiver Arbeit sein, da familiäre Strukturen und Bindungen in der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft eine wichtige Rolle einnehmen – eine Ressource, die bislang fast nicht genutzt wird. Ein Modell in diesem Kontext ist die „Arabische Reise“, ein Angebot sozialer Gruppenarbeit an einer Berliner Grundschule, das sich an Kinder arabischer Herkunft richtet. Neben der Arbeit mit den Kindern (Vermittlung von sozialen und sprachlichen Kompetenzen) werden die Eltern für

die Mitarbeit gewonnen und ermutigt, die Integration ihrer Kinder in beide Kulturen zu fördern.

Daneben gibt es Projekte, die sich explizit an gefährdete Kinder nicht-deutscher Herkunft wenden, z.B. das Projekt der Jugendgerichtshilfe Leipzig für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die minderjährigen Flüchtlinge werden aus den jeweiligen Flüchtlingsheimen herausgenommen und in betreuten Wohnprojekten untergebracht. Ziel ist hier zu verhindern, dass diese Kinder straffällig werden, und sie möglichst schnell in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren.

5. Vernetzung und Partizipation

Nahezu alle kriminalitätspräventiven Projekte sehen ressortübergreifende Vernetzung als einen wichtigen Baustein an, um Synergieeffekte zu erreichen und auch Institutionen und Personen, deren originäre Arbeitsfelder nicht im Bereich der Prävention liegen, einzubeziehen. Vernetzung läuft sowohl auf der übergeordneten Ebene (Stadt) als auch auf Quartiersebene ab.

Neben den Präventionsgremien auf Stadtebene nehmen die auf der Stadtteilebene eingerichteten in der alltäglichen Präventionsarbeit eine wichtigere Rolle ein. Hier sind in vielen Fällen auch Bürger/innen einbezogen, entweder direkt durch Teilnahme an den Sitzungen des Gremiums (z.B. bei Stadtteilkonferenzen) oder durch Beteiligung an Arbeitsgruppen.

Partizipation von Bürger/innen spielt insbesondere im Rahmen von sozialraumorientierten Präventionskonzepten eine wichtige Rolle, da lokale Präventionsansätze am ehesten dann wirksam werden, wenn die Bevölkerung vor Ort aktiviert und einbezogen wird. Allerdings ist es von hoher Bedeutung, auch die Jugendlichen – als diejenigen, an die sich die Prävention letztlich richtet – in einen solchen Prozess einzubeziehen. Die Erfahrungen zeigen, dass Präventionsprojekte leicht dazu neigen, Jugendliche als eine Gruppe zu sehen, die in erster Linie Probleme macht (Lärm, dominantes Auftreten in öffentlichen Räumen, Belästigungen, gewalttätige Übergriffe). Viele Projekte tendieren dazu, Strategien gegen diese Probleme zu entwickeln, ohne der subjektiven Sichtweise der Jugendlichen und den Problemen, die sie haben, genug Beachtung zu schenken – z.B. besteht in vielen Städten ein Mangel an öffentlichen Plätzen für Jugendliche, auf denen sie ihren Bewegungsdrang ausleben und sportliche Aktivitäten wie z.B. Streetball umsetzen können. Erwachsene Bürger/innen ziehen demgegenüber oft Flächen vor, die für eine „ruhigere“ Nutzung vorgesehen sind. Hier gilt es, einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu finden.

Gerade die Umsetzung von konkreten Präventionsangeboten gestaltet sich vor Ort sehr unterschiedlich, so dass an dieser Stelle nur schwer verallgemeinernde Aussagen für Großstädte gemacht werden können. Insbesondere in den Gebieten der „Sozialen Stadt“, in denen ein Quartiers- oder Stadtteilmanagement tätig ist, das in der Aktivierung und Einbeziehung der Bewohner/innen des Stadtteils eine zentrale Aufgabe sieht, lassen sich viele Beispiele für erfolgreiche Partizipation und übergreifende Vernetzung finden. Als ein gelungenes Projekt kann die Aktion Kiezplakat bezeichnet werden, bei der Kinder und Jugendliche aus einem sozialen Brennpunkt zu Begriffen wie Gewalt, Opfer, Angst oder Respekt Bilder malten und Texte schrieben und sich so mit den – oft mit Gewalt verbundenen – Umgangsformen im Quartier auseinandersetzten. Aus den Beiträgen wurden

drei Plakate zusammengestellt, die flächendeckend plakatiert wurden, so dass die Aktion das ganze Quartier erreichte. Ziel war, die Anonymität und das Nebeneinanderher-Leben im Kiez zu reduzieren und somit Voraussetzungen für einen Abbau von Gewalt zu schaffen.⁷¹

Dennoch ergeben sich auf diesem Feld auch Schwierigkeiten, die oft dazu führen, dass partizipative Ansätze nicht konsequent zu Ende verfolgt werden. So lässt sich in vielen lokalen Präventionsprojekten feststellen, dass die Bewohner/innen gerne bei der Problembeschreibung und -definition beteiligt werden. Die Entwicklung und Umsetzung von Lösungen hingegen wird dann eher von professionellen Mitarbeiter/innen in Behörden oder Projekten vorgenommen. Auch werden bislang noch nicht ausreichend Methoden wie Zukunftswerkstätten oder Planning for Real umgesetzt, um diejenigen Gruppen zu beteiligen, die sich im Rahmen von eher traditionellen Beteiligungsmethoden wie Stadtteilversammlungen eher schwer aktivieren lassen, also z.B. Jugendliche oder Bürger/innen ausländischer Herkunft.

Aus der Auswertung unterschiedlicher Projekte in Großstädten lassen sich folgende Punkte zusammenfassen, die für eine kontinuierliche und nachhaltige Partizipation wichtig sind.⁷²

- Von hoher Bedeutung sind eine hohe Identifikation mit dem Wohngebiet bei den Bewohner/innen. Das heißt, man wohnt gerne dort und ist bereit – soweit dies möglich ist – eigenes Engagement vor die Entscheidung zum Wegzug zu setzen.
- Nicht nur die Behandlung von Sachproblemen ist wichtig, sondern es gilt auch, einem Anliegen nach sozialer Kommunikation und Anerkennung entgegen zu kommen, z.B. durch das kommunikativ angelegte Hineinwirken in den Sozialraum, wie durch Stadtteulfeste.
- Gleichzeitig kommt es aber darauf an, dass das Geschehen nicht nur auf der symbolischen Ebene verbleibt, sondern dass sich tatsächlich etwas ändert bzw. dass für die Bewohner/innen erkennbare Aktivitäten im Zusammenhang mit den Problemstellungen eingeleitet werden.

⁷¹ Vgl. Dokumentation der Aktion Kiezplakat - Ein Stadtteilprojekt zur Auseinandersetzung mit Gewalt im Schöneberger Norden, Berlin 2002.

⁷² Vgl. S. Behn/M. Brandl/H. de Vries, Präventionsmodelle in Berlin, Berlin 2001.

Vernetzung mit der Polizei

Eine besondere Bedeutung für den Bereich der Jugendkriminalitätsprävention kommt der Vernetzung von Jugendhilfe und Polizei zu. Dieses Thema wird innerhalb der Jugendhilfe weiterhin kontrovers diskutiert. Mit der immer stärkeren Einbindung der Polizei in gesamtgesellschaftliche Präventionsaktivitäten werden Befürchtungen laut, dass es im Namen von Prävention in erster Linie um die soziale Kontrolle des kommunalen Lebens gehen könne. Weiterhin wird aus dem Berufsfeld der Sozialpädagog/innen und Sozialarbeiter/innen der Polizei vorgehalten, dass sie verstärkt sozialpädagogische Aufgaben wahrnehme, was zu einer ungünstigen Verwischung der unterschiedlichen Berufsbilder und Aufgabenfelder führe.

Trotz dieser Bedenken hat sich in den letzten Jahren in den meisten Großstädten eine eher pragmatische Haltung durchgesetzt, die davon ausgeht, dass Kooperation sinnvoll ist, wenn die jeweiligen Aufgabenfelder und Arbeitsbereiche anerkannt werden. Diese Haltung wird mittlerweile von beiden Institutionen weitgehend anerkannt. Auf dieser Basis werden auch verstärkt Projekte umgesetzt, die eine Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Polizei zur Basis haben. Gleichzeitig setzen viele Bereiche der Polizei in ihrer konkreten Präventionsarbeit verstärkt auf Ansätze und Methoden der Jugendhilfe, z.B. spielt die Polizei in vielen Bereichen der sportbezogenen Arbeit mit Jugendlichen inzwischen eine wichtige Rolle. Insbesondere bei Mitternachtssport- oder Streetballveranstaltungen wird das deutlich, aber auch bei dem Projekt „KICK – Sport gegen Jugenddelinquenz“, bei dem die Polizei straffällige Jugendliche an das Projekt vermittelt, die „zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung hingeführt werden“ und langfristig in Sportvereine integriert werden sollen.⁷³ Ein weiteres Beispiel sind anlassorientierte Maßnahmen wie das Spiel- und Sportangebot, mit dem die Polizei sich im Vorfeld des Berliner 1. Mai an Jugendliche richtet, die möglicherweise Interesse an Randalen haben könnten.

Auch in der konkreten Arbeit vor Ort in Großstädten, so stellen es die befragten Expert/innen dar, arbeiten Polizei, Einrichtungen der Jugendarbeit und weitere Projekte stärker zusammen als noch vor einigen Jahren. Die Einrichtung von Präventionsteams der Polizei in manchen Ländern hat diese Entwicklung unterstützt.

Andere Formen der Kooperation von Polizei und Jugendhilfe zeigen sich in den Projekten, bei denen Sozialarbeiter/innen direkt anschließend an die erste polizeiliche Vernehmung Kontakt zu den straffällig gewordenen Jugendlichen aufnehmen, ihnen Hilfe anbieten und pädagogisch auf sie einwirken können. Dies wird erreicht, indem die Sozialarbeiter/innen direkt bei der Polizei sitzen oder ein eigenes Haus für Angehörige beider Professionen

⁷³ Vgl. die Selbstdarstellung auf www.lsb-berlin.net.

geschaffen wird, wie beim Stuttgarter Haus des Jugendrechts⁷⁴. Grundgedanke dieser Projekte ist, dass delinquente Jugendliche möglichst schnell konkrete Hilfen brauchen, die ihnen die Sozialarbeiter/innen anbieten können: Beratung, Moderation zwischen den Jugendlichen und Dritten (Eltern, Schule etc.), Schadenswiedergutmachung bei kleineren Delikten, Angebot von sozial betreuten Freizeitmöglichkeiten, Vermittlung zu spezialisierten sozialen Einrichtungen. Kritiker befürchten allerdings, dass die Grenzen zwischen Polizei und Sozialarbeit mit diesem Projekt zu stark verschwimmen, so dass für die Jugendlichen diese beiden Professionen nicht mehr deutlich genug unterscheidbar sind.

⁷⁴ Siehe die Beschreibung unter Best practice.

6. Empfehlungen

- ▶ Lebenswelt- und Sozialraumorientierung: In den meisten Fällen ist eine sozialraumorientierte Vorgehensweise in Großstädten der sinnvolle Weg, denn der Ort, an dem Gewalt und Kriminalität von Jugendlichen auffällig werden, ist oft das Quartier. Hier finden sich auch die Partner – Einrichtungen, Personen –, mit denen präventive Strategien umgesetzt werden können. Deshalb sollten Präventionskonzepte, die erfolgreich sein wollen, hier ansetzen. Elementare Voraussetzung für eine sozialraumorientierte Strategie ist allerdings ein kleinräumiger Ansatz, bei dem die Lebensweltperspektive der jugendlichen Bewohner/innen zugrunde gelegt wird.
- ▶ Öffentlicher Raum: Gerade in Großstädten ist es im Rahmen von nachhaltigen Präventionskonzepten unabdingbar, sich der Problematik des öffentlichen Raumes anzunehmen. Es gilt, Kinder und Jugendliche bei der Aneignung von Räumen zu unterstützen und mit ihnen Strategien zu entwickeln, wie vorhandene Räume erhalten werden können und wie weitere Räume erobert werden können – z.B. ein Spielplatz statt eines Autohandels. Lobbyarbeit für Kinder und Jugendliche ist in diesem Kontext eine wichtige Aufgabe, z.B. in den lokalen Präventionsgremien.
- ▶ Partizipation: „Prävention kann nicht von oben verordnet werden.“ Die Konkretisierung von Handlungsfeldern, die Entwicklung von Problemlösungsstrategien und die Einleitung und Umsetzung von Maßnahmen ist abhängig von der Problemsicht der Beteiligten. Das gilt insbesondere für die jugendlichen Zielgruppen von Präventionsprojekten. Nur so entsteht die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Umfassende Beteiligungschancen für Kinder und Jugendliche bei den sie betreffenden Fragen sind das Medium zur Entwicklung von Handlungskompetenzen und einer positiven Identität.⁷⁵ Partizipation sollte in diesem Kontext ein permanentes Angebot für alle betroffenen Kinder und Jugendlichen sein.
- ▶ Stärkung und Empowerment: Präventionsaktivitäten haben größere Chancen, erfolgreich zu sein, wenn sie die jugendlichen Zielgruppen stärken und in ihrer Eigenverantwortlichkeit stärken. Kinder und Jugendliche verfügen über bedeutende Ressourcen, die oft übersehen werden und die für Präventionsarbeit stärker genutzt werden sollten.

⁷⁵ W. Springer, Prävention durch sozialraumorientierte Jugendhilfe, in: „Bevor es zu spät ist ...“ Präventiver Kinder- und Jugendschutz in sozialen Brennpunkten, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 1999, S. 64.

- ▶ Situationsanalyse und Problemdefinition: Vor der Entwicklung eines Präventionskonzeptes für ein Quartier oder eine spezifische jugendliche Zielgruppe sollte eine differenzierte Situationsanalyse stehen, die sowohl die Auswertung von Zahlen aus dem Hellfeld (PKS, Jugendgerichtshilfe u.a.) als auch Dunkelfeldforschung umfasst, also z.B. Befragungen von Jugendlichen – die partizipativ durchgeführt werden können. Die Kombination mehrerer Methoden bietet die Möglichkeit, Schnittmengen in Bezug auf Gefährdungslagen und Gewaltpotenziale herauszuarbeiten, und sich in der Konsequenz auf Konfliktlagen zu konzentrieren, an denen sich Bilder, Wahrnehmungen und „objektive“ Aussagen verdichten. Nach der Entscheidung, an welchen Problemen und mit welchen Zielgruppen gearbeitet werden kann/soll, steht die genaue Definition an. Auch hier gilt es, nicht eindimensional vorzugehen. Die Sichtweisen aller Beteiligten sollten zusammengetragen werden, entweder durch direkte Befragung oder, bei schwierig zu erreichenden Zielgruppen, durch Befragung von Personen, die sich in deren Lebenswelt aufhalten und stellvertretend Aussagen machen können. Eigene Beobachtungen bieten eine weitere Möglichkeit, einen Zugang zu dem Problem zu finden. Wenn auch mit etwas Aufwand verbunden, sollte nicht unterschätzt werden, dass man sich oft ein besseres Bild machen kann, wenn man direkt vor Ort präsent war/ist.
- ▶ Vernetzung: Die Zusammenarbeit aller im Soziraum vertretenen oder mit der jeweiligen Zielgruppe beschäftigten Einrichtungen und Institutionen – Jugendhilfe, Schule, Polizei, Verwaltungen u.a. – ist eine grundlegende Voraussetzung von nachhaltigen Projekten zur Jugendkriminalitätsprävention. Hier kommt es wesentlich auf die Entwicklung und Unterstützung von ressortübergreifenden Kooperationsstrukturen an. Ziel sollte es sein, auf horizontaler Ebene ein Netzwerk für eine kontinuierliche problemnahe und „kleinteilige“ Präventionsarbeit zu schaffen. Es geht dabei primär um die Stärkung vorhandener Strukturen und die Vermeidung von Parallelstrukturen, um eine optimale Nutzung der existierenden Ressourcen und Synergieeffekte zu erreichen.
- ▶ Kompetenzen für die alltägliche Konfliktbewältigung: Im Kontext von Jugendgewalt- und -kriminalitätsprävention ist es auch von herausgehobener Bedeutung, Modelle zu entwickeln, die den alltäglichen Umgang mit Gefährdungspotenzialen und Konflikten beispielsweise in Schule und Jugendeinrichtungen anders gestalten und die Beteiligten befähigen, eigenständig Konflikte zu bewältigen.
- ▶ Beachtung der unterschiedlichen Ethnien: Jugendliche unterschiedlicher ethnischer Herkunft und Aussiedlerjugendliche leben in Großstädten oft unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen. Konflikte untereinander oder mit der Aufnahmegesellschaft bleiben nicht aus. Diese Ausgangsbedingungen müssen ebenso

wie die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe bei der Entwicklung von spezifischen Präventionskonzepten berücksichtigt werden.

- ▶ Geschlechtsbewusste Arbeit: Eine besondere Beachtung sollte auch die geschlechtsbewusste Arbeit mit den jeweiligen jugendlichen Zielgruppen erhalten. In den meisten Straftatbeständen der Gewalt zwischen Personen sind vorwiegend (junge) Männer unter den Tätern und Opfern vertreten. Gerade dieser offensichtliche Zusammenhang von Männlichkeit und Gewalt und Kriminalität sollte stärker in den Mittelpunkt der Bearbeitung und Projektentwicklung rücken.
- ▶ Angebote für Täter und Opfer: Bei einer zielgruppenorientierten Vorgehensweise im Zusammenhang mit konkreten Gefährdungspotenzialen in einem Sozialraum darf sich die Arbeit nicht nur auf die potenziellen oder tatsächlichen Täter konzentrieren. Diese Zielgruppenfixierung führt leicht zu Konkurrenz und Verdrängungstendenzen im öffentlichen Raum und bei der Nutzung von Einrichtungen. Hier sollte also eine koordinierte und geplante Vorgehensweise entwickelt werden, die auch potenzielle und tatsächliche Opfer sowie nichtdelinquente Gruppen mit einbezieht.
- ▶ Evaluation: Eine Evaluation kann einen Beitrag zur Optimierung der kriminalitätspräventiven Arbeit leisten bzw. als wichtige Entscheidungshilfe dienen, ob die bisherige Arbeit fortgeführt, verändert oder beendet werden sollte. Bislang hat sich im Bereich der Jugendkriminalitäts- und Jugendgewaltprävention noch nicht genügend durchgesetzt, dass die Evaluation von Projekten und Maßnahmen eine zentrale Grundlage für die Bewertung von Erfolg oder Nichterfolg von Präventionsarbeit ist – wenn auch in den letzten Jahren die Durchführung von Evaluationen zugenommen hat. Neben einer Fremdevaluation bietet sich auch eine Selbstevaluation an, insbesondere wenn die Evaluation den Projektakteur/innen dazu verhelfen soll, die Arbeitsabläufe und Maßnahmen zu optimieren. Durch die in der Selbstevaluation selbstentwickelten und messbaren Erfolgskriterien können zudem die eigenen Erfolge sichtbar gemacht oder konkrete Verbesserungen eingeleitet werden.
- ▶ Ausreichende Ausstattung mit finanziellen Mitteln: Die Umsetzung von Präventionskonzepten ist langfristig gesehen nicht zum Nulltarif zu erreichen. Das zeigen alle Erfahrungen von Projekten, die ohne solide Finanzierung umgesetzt wurden. Auch Vernetzungsbemühungen, so wichtig sie auch sind, können eine mangelnde Ausstattung mit finanziellen Mitteln nicht auffangen. Gerade im Bereich der Präventionsarbeit ist Kontinuität eine unabdingbare Voraussetzung, die nur erreicht werden kann, wenn der politische Wille und finanzielle Förderung vorhanden sind.

7. Beispielhafte Projekte

7.1 ESCAPE – Modellprojekt zur Erprobung neuer Hilfeangebote für Kinder mit abweichendem Verhalten

Hierbei handelt es sich um ein Landesmodellprojekt der Jugendhilfe des Freistaates Sachsen.

Escape geht davon aus, dass für die Arbeit mit mehrfach straffällig gewordenen Kindern differenzierte und qualifizierte Angebote wichtig sind. Ziele sind hier, neue Konzepte im Umgang mit straffällig gewordenen Kindern umzusetzen und bisher bestehende Konzepte weiter zu entwickeln. Ein Schwerpunkt wird auf Früherkennung und Erreichbarkeit gelegt. Zielgruppen sind mehrfach delinquente Kinder bis 14 Jahren und deren Familien.

Das Modellprojekt ist an drei regionalen Standorten, u.a. in der Stadt Dresden, ansässig und wird wissenschaftlich begleitet. Das Projektmanagement liegt bei der Caritas Leipzig.

Escape ist weit vernetzt und kooperiert mit den zuständigen Stellen bei der Polizei, den Jugendämtern, dem ASD, den Schulen, anderen Jugendhilfeeinrichtungen, der Staatsanwaltschaft, dem Sport und den medizinischen Beratungsdiensten. Darüber hinaus wird durch die dezentralen Standorte der Sozialraumbezug sicher gestellt. In die Arbeit mit den Kindern werden die Eltern so früh wie möglich einbezogen (u.a. durch einen monatlichen Elterntreff). Elternarbeit bleibt für das ganze Projekt ein wichtiger Bereich.

Das Projekt ist methodisch in vier Phasen unterteilt:

1. Motivations- und Orientierungsphase
2. Intensive Gruppenphase
3. Integrationsphase
4. Nachbereitungsphase

Nach der Kennenlernphase wird auf unterschiedlichen Ebenen mit den Kindern und ihren Eltern gearbeitet. So geht es einerseits um das Training gewaltfreier Konfliktlösungen, andererseits werden vielfältige Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten angeboten.

7.2 Cool sein – cool bleiben

Unter dem Titel „Cool sein – cool bleiben“ verbirgt sich ein gewaltpräventives Training für den Bereich der Sekundarstufen in Schulen, das vom Kinderbüro in Frankfurt/M. angeboten wird. Hierbei wurden die Inhalte der Kampagne „Gewalt – sehen – helfen“ des Frankfurter Kinderbüros, des Jugendamtes, des Jugendkoordinators des Polizeipräsidiums und der Schulpsycholog/innen des Schulamtes den lebensweltlichen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen angepasst.

Ziel des Trainings ist es, Schüler/innen einen bewussten Zugang zum Thema Gewalt zu vermitteln. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Bewusstsein die Schüler/innen dahingehend stärkt, sich weder als potenzielle Täter/innen noch als Opfer in gewalttätige Auseinandersetzungen verwickeln zu lassen.

Durchgeführt werden die Trainings von eigens dafür fortgebildeten Lehrer/innen. Die Fortbildung der Multiplikator/innen wird von den Mitarbeiter/innen des Kinderbüros Frankfurt und der Jugendkoordination der Polizei durchgeführt. Die Trainingseinheiten können im Rahmen von Schulstunden, Projekttagen und Wochen in den jeweiligen Schulen realisiert werden.

Die über die Stadt Frankfurt hinausreichende Nachfrage ist ein Zeichen dafür, dass das Programm von den Schulen angenommen und umgesetzt wird.

7.3. Das Haus des Jugendrechts

Kernpunkt des Projektes „Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart-Bad Cannstatt ist es, die Tätigkeit der am Strafverfahren von Jugendlichen beteiligten Institutionen – Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt – und das Strafverfahren insgesamt zu qualifizieren. Darüber hinaus werden weitere Institutionen eingebunden, um schnelle Hilfen für Kinder und Jugendliche bereitstellen zu können. Bisher getrennt arbeitende Institutionen sind unter einem Dach zusammengefasst. Dadurch hat sich die Arbeitsweise der beteiligten Institutionen z.T. erheblich verändert.

Es ist eine neue Dienststelle der Polizei eingerichtet worden, die Aufgaben sowohl der Schutz- als auch der Kriminalpolizei wahrnimmt. Dabei ist die Arbeitsweise vom Tatort- auf das Wohnortprinzip bei der Strafbearbeitung umgestellt und die sachliche Zuständigkeit erweitert worden. Die schnelle Unterrichtung der Staatsanwaltschaft über den Anzeigeneingang bei der Polizei ermöglicht es der Staatsanwaltschaft im Haus, die Ermittlungen der Polizei zu lenken und in einem frühen Stadium Entscheidungen z.B. über die Durchführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs zu treffen. Zudem sind ein beschleunigtes Einschalten der Jugendgerichtshilfe und ein kurzfristiger Kontakt zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft und der Jugendgerichtshilfe möglich.

Ziel des Modellprojektes ist es, die Jugendlichen im Strafverfahren in den Mittelpunkt zu rücken. Denjenigen Jugendlichen, bei denen die Straftaten im Zusammenhang mit persönlichen Problemlagen stehen, sollen adäquate Hilfsangebote vermittelt werden. Durch dieses Vorgehen wird verhindert, dass die Jugendlichen im Strafverfahren auf ihre Straftaten reduziert werden.

